

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Die „Gleichheit“ erscheint alle vierzehn Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich ohne Postgebühr 35 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig. Jahres-Abonnement 2,80 Mark.

Stuttgart den 6. September 1905

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Jettin (Zunbel), Wilhelmstraße, Post-Begetloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

## Inhalts-Verzeichnis.

Klerikaler Frontwechsel. — Jugend und Sozialismus. VI. Von Heinrich Schulz. VII. Von Emilie Dittmer. VIII. Von W. Käster. — Der politische Massenstreik. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Genossenschaftliche Rundschau. Von Simon Kayenfeld. Notizen: Soziale Gesetzgebung. — Frauenbewegung. — Frauenstimmrecht. — Verschiedenes. Feuilleton: Freiheit. Von John Henry Mackay. (Gedicht.) — Der Holzer-Hansl. Eine einfache Geschichte aus dem Gebirge. Von Hermann Faber. (Schluß.)

## Klerikaler Frontwechsel.

Die katholische Kirche beginnt in Deutschland mit der Frauenbewegung als mit einem bedeutsamen Faktor unseres sozialen Lebens zu rechnen. Sie hat sich überzeugt, daß dieselbe mehr ist als eine „vorübergehende Erscheinung“, die mit Bibelprüchen und Dogmen, mit Weihrauchwolken und mystischen Schauern gebannt werden könne. Und sie läßt sich in der Folge angelegen sein, auf dem Boden der kirchlichen Anschauungen verankern und leiten zu wollen, was sie nicht mehr aufhalten kann: das Streben der Frau nach Gleichberechtigung, ihre Beteiligung am vollen sozialen Leben und Kampfe unserer Tage. Das scheint uns das wichtigste Ergebnis des deutschen Katholikentags, der kürzlich in Straßburg stattgefunden hat.

Zum erstenmal beschäftigte sich eine Tagung der deutschen Katholiken — mit anderen Worten ein Zentrumskongreß — mit der Frauenfrage, und das Referat, welches Pater Kuracher dazu hielt, markiert den erfolgten Frontwechsel deutlich genug. Es anerkennt die geschichtliche Existenzberechtigung und Bedeutung der Frauenbewegung als eines Teiles der aufgerollten sozialen Frage. Es weist auf ihre stärksten treibenden Kräfte hin — auf den Verfall der alten Familienhauswirtschaft unter dem Anprall der modernen kapitalistischen Produktion; die sinkende Ehemöglichkeit; die wachsende Unfähigkeit der Familie, großen Frauenmassen Lebensunterhalt und Lebensinhalt zu gewähren. Es bringt grundsätzliche Zustimmung zu der Erwerbstätigkeit der Frau, als einer unvermeidlichen sozialen Erscheinung, die sich nicht ausschalten läßt, deren schlimme Begleitumstände aber dadurch gemildert werden müssen, daß die Organisation die Lohnrückerin zur ebenbürtigen Konkurrentin des Mannes erhebt. Es erklärt sich für eine Reihe anderer Forderungen, welche der Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes auf dem Gebiet der Bildung und Berufstätigkeit gelten. Ja, das Referat läßt sogar eine leise Anerkennung des Rechtes der Frau auf politische Betätigung und politischen Einfluß durchblicken.

Gewiß: die Rede des Pater Kuracher ist reichlich mit Ausführungen durchsetzt, welche in Widerspruch mit ihrem Grundton unklar, halb und reaktionär erscheinen, welche zumal betreffs der Stellung der Frau in der Ehe die alte kirchliche Auffassung hervorkehren. Und bei anderen Beratungsgegenständen des Katholikentags hat es nicht an scharfen Ausfällen gegen die „Frauenrechtlerinnen“ gefehlt, deren Auffassung von Ehe und Liebe zumal dem Verdammungsurteil einer engbrüstigen, dogmatisch verknöcherten Moral überliefert ward. Diese Einzelheiten können jedoch über den grundsätzlichen Frontwechsel nicht täuschen. Der deutsche Klerikalismus beginnt den prinzipiellen Standpunkt preiszugeben, den die katholischen Reformer noch 1897 auf dem Arbeiterschulkongreß zu Zürich gegenüber der sozialistischen Auffassung von der revolutionierten Stellung der Frau mit Schärfe und Leidenschaft verteidigten. Er stellt sich auf den Boden der geschichtlichen Auffassung der Dinge, die er damals allen gläubigen Geistern und empfindsamen Gemütern als ein Schœuel und Greuel denunzierte.

„Das Rad der Geschichte läßt sich nicht aufhalten.“ dieses Leitmotiv beherrschte die Erörterung der Frauenfrage auf dem deutschen Katholikentag. Aber der Klerikalismus wäre nicht er selber, hätte er ihm nicht sofort das zweite beigelegt: ergo bemühen wir uns, das rollende Rad in die Bahn der kirchlichen Interessen zu lenken. Die Widersprüche der Ausführungen lösen sich in Harmonie in dem Drängen der Kirche, ihre soziale Macht-

stellung zu behaupten und ihr alle Erscheinungen und Kräfte des sozialen Lebens dienstbar zu machen. Daher birgt auch der vollzogene Frontwechsel den Keim zu weiteren Zugeständnissen an die Frauenbewegung in sich. Was die Kirche im Namen des Dogmas heute noch der Frau vorenthält, das wird sie ihr morgen im Namen der christlichen Weltanschauung gewähren, wenn sie sich überzeugt hat, daß es ohne Schaden für die klerikale Macht nicht länger versagt werden darf. Das oberste Prinzip der katholischen Kirche ist das Streben nach Macht, ihm sind alle anderen Grundsätze untergeordnet, in seiner Gluthitze werden sie, den jeweiligen realen Verhältnissen entsprechend, wie weiches Wachs modelliert oder auch — zusammengeschnitten. Die Anpassungsfähigkeit der Kirche an die sozialen Erscheinungen ist eine der stärksten Quellen ihrer Herrschaft. Sie widersteht dem „Teufel“ des Fortschritts, solange er schwach und klein ist, sobald er bedrohlich erstarkt, reinigt sie ihn mit ein paar Tropfen Weihwasser und sucht ihn als fromm bescheidene Krieger in ihren Dienst zu nehmen.

Die grundsätzliche Schwankung des deutschen Klerikalismus in der Frauenfrage ist eine äußerst beweiskräftige Probe aufs Exempel der sozialistischen Auffassung vom Gange der geschichtlichen Entwicklung. Sie ist das Eingeständnis, daß die kapitalistische Ordnung Denken und Wollen des Weibes derart revolutioniert hat, daß das starre Kredo der Kirche vor den Konsequenzen sich bengen muß. Sie ist eine Quittung über die wachsende Kraft und Bedeutung der Frauenbewegung, über die Strömungen und Kämpfe, die sie auch in der so gefestigten und geschlossenen Welt des Katholizismus auslöst. Die Kirche muß vor der Frauenbewegung kapitulieren, muß sich zur Verfechterin ihrer Forderungen machen, will sie verhindern, daß unter dem zwingenden Beistand leiblicher und geistiger Bedürfnisse katholische Frauen in hellen Haufen zu „unchristlichen“ sozialen Kampfesrichtungen übertreten.

Dem Frontwechsel kommt jedoch eine noch weiterreichende Bedeutung zu. Er ist der Ausdruck der Tatsache, daß die soziale Frage in ihrer Gesamtheit der Kirche immer drohender ins Antlitz starrt, daß die Herrschaft der Kirche — ins Politische überseht die Herrschaft des Zentrums — über die proletarischen Massen ernstlich erschüttert ist, daß deren Abmarsch ins Lager der Sozialdemokratie in beschleunigtem Tempo und beträchtlichem Umfang erfolgt. Die Kirche muß danach trachten, in ihrem Machtbereich den Kampf der Geschlechter möglichst einzuschränken und zu mildern, um die Besitzenden ohne Unterschied des Geschlechtes dem Klassenbewußt kämpfenden Proletariat entgegenstellen zu können, auf dessen Seite Männer und Frauen als Ausgebeutete für ihre Befreiung ringen. Sie bedarf insbesondere der Mitwirkung der gebildeten Frau, um deren rebellisch werdende „ärmere Schwester“ in ihrem Banne und fern von dem sozialistischen Ideal zu halten. Und sie strebt danach, ihre Herrschaft über die proletarische Frau zu festigen, um mittels ihrer den alten Einfluß auf den Mann der werktätigen Massen zu bewahren oder aber, wo dieser Einfluß doch schwindet, in sozialen Kämpfen die rückständige Proletarierin gegen den aufgeklärten Proletarier auszuspielen zu können. So muß die innere Logik der sozialen Zusammenhänge die Kirche von Konzeßion zu Konzeßion treiben bis zur Mobilisierung der Frauenmassen für den politischen Kampf, bis zur Forderung des Frauenwahlrechts als einer unentbehrlichen Waffe in diesem Kampfe.

Wir werden das auch in Deutschland erleben, und zwar um so früher, je rascher und kraftvoller die Sozialdemokratie den Turm der Zentrumshegemonie erschüttert. Bereits vor den Wahlen von 1890 haben wir in der Berliner „Volks-Tribüne“ darauf hingewiesen, daß die Entwicklung diesen Weg gehen wird, und das Eintreten eines einflussreichen Teiles der Klerikalen in Belgien für das Frauenwahlrecht hat es bestätigt.

Wir freuen uns des Laufs der geschichtlichen Dinge, den der Frontwechsel des deutschen Klerikalismus in der Frauenfrage kündigt, wir begrüßen jedoch auch diesen selbst als ein uns sehr nützlich Ereignis. Er ist geeignet, die Überlegenheit, die überzeugende Kraft der sozia-

listischen Auffassung für Massen zu stärken, die noch im Schlepptau der Kirche fahren. Er wirkt als Gärungs- bazillus innerhalb der Herrschaftssphäre des Klerikalismus, trägt Unruhe, Bewegung, Segensjahre in sie hinein und schwächt dadurch einen unserer Hauptfeinde. Er schafft einen kräftigen Ansporn, in unseren Reihen alle Vorurteile, alle Rückständigkeit, alle Lässigkeit zu überwinden, welche das energischste Wirken für die Einbeziehung der Frau in den Klassenkampf hindern; die klerikale „Konkurrenz“ fordert zur äußersten Anspannung der Kräfte im „Wettrennen um die arme Frau“ heraus. Die theoretische Einsicht in das Um und Auf des klerikalen Frontwechsels treibt zu praktischen Konsequenzen. Sie lauten: Verdoppelung, Verzehnfachung der Arbeit zur Revolutionierung der Köpfe der proletarischen Frauenmassen.

## Jugend und Sozialismus.

VI.

**Jugend und Sozialdemokratie.** So möchte ich die zur Debatte stehende Frage etwas bestimmter formulieren. Bisher lautete sie: Jugend und Sozialismus. Es führt aber ins Uferlose, wenn wir das Problem in diesem weiten Rahmen erörtern wollen. Nicht will ich damit sagen, daß die Beziehungen des wissenschaftlichen Sozialismus zur Erziehungsfrage nicht auch einer ernsthaften Besprechung bedürften. Es wäre sogar eigentlich nach den vielfachen auf dem Bremer Parteitag geäußerten Wünschen die Sache des bevorstehenden Jenaer Parteitags gewesen, diese Frage zur Debatte zu stellen. Ich bin's aber zufrieden, daß man in diesem Jahre noch davon Abstand genommen hat. Es hat einerseits an der vorherigen gründlichen Erörterung der Frage in den Zeitungen und Zeitschriften der Partei gefehlt, andererseits bedürften die wichtigen Punkte der Jenaer Tagesordnung der Erledigung auf dem diesjährigen Parteitag. Für den nächstjährigen Parteitag aber sollte von vornherein durch einen Beschluß in Jena die Erziehungsfrage vorgesehen werden. Für die Partei entsteht je länger je dringender die Verpflichtung, ihre Stellung zu dem wichtigen Komplex der Erziehungsfragen zu präzisieren.

Durch eine solche Erörterung würden viele Unklarheiten innerhalb der Partei über Angelegenheiten der häuslichen und der öffentlichen Erziehung beseitigt werden, Unklarheiten, wie sie nach meiner Auffassung auch der an sich ganz erfreulichen und begrüßenswerten Anregung des Genossen Krüger zugrunde liegen. Man könnte einwenden, daß demnach die Erörterung des Erziehungsproblems im allgemeinen der besonderen Anregung Krügers vorausgehen hätte. Besser wäre dieses Verfahren in der Tat, aber es ist nicht unbedingt notwendig, falls wir uns zunächst über eine wichtige grundsätzliche Frage verständigen.

Wollen wir Sozialdemokraten durch unsere „praktische“ Tätigkeit die Mängel und Schönheitsfehler des Gegenwartsstaats nur ein wenig ausputzen und hinwegschminken? Oder wollen wir mit unserer „praktischen“ Arbeit nichts anderes, als die Angriffs- und die Widerstandskraft des Proletariats gegen den Klassenstaat stärken?

Wer die erstere Frage bejaht, den trennt nichts Grundsätzliches von der bürgerlichen Sozialreformerei. Er wird allen Bestrebungen, die zur Erleichterung der Lage der Arbeiter unternommen werden, gern zustimmen und ihnen seine Mithilfe nicht versagen. Wenn die Partei diese Aufgabe hätte, so würde sie schon viele Unterlassungssünden auf dem Kerbholz haben. Um auf dem Gebiet der Erziehung zu bleiben: warum hat die Partei nicht schon längst Säuglingsheime, Kinderhorte, Kindergärten, Schulen neben den bestehenden Schulen, Fortbildungsschulen errichtet? Diese notwendigen Dinge sind entweder gar nicht da oder sie sind, wie unsere Volksschulen, bejammernswürdig schlecht.

Die Partei hat aus guten Gründen auf derartige praktische Arbeit verzichtet. Es ist nicht ihre Aufgabe, die himmelschreienden Unterlassungssünden der bürgerlichen Gesellschaft nachzuholen und deren schmutzige Wäsche zu waschen. Sie hat sich mit Recht und darauf beschränkt, die Schande des heutigen Klassenstaats aufzudecken und ihn selbst zu zwingen, nach Möglichkeit wenigstens einige Zeichen dieser Schande zu tilgen. Darin besteht die Aufgabe sozialdemokratischer Vertreter in den Organen der bürgerlichen Gesetzgebung und Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde — Genossin Jiez hat das ganz zutreffend betont —, die reichen materiellen Mittel der heutigen Gesellschaftsordnung soviel wie möglich auf den dürren Boden des Arbeiterschutzes und der Arbeiterwohlfahrt zu leiten, anstatt ausschließlich auf die üppigen

Gefilde des Reichthums. Würden wir statt dessen unsere eigenen schwachen Mittel für diesen Zweck benutzen wollen, so würden sie wie ein Tropfen auf einem heißen Felsblock verpuffen, und außerdem würden wir noch die darüber sicherlich sehr erfreute bürgerliche Gesellschaft von einer dringenden Verpflichtung entbinden.

Wir betreiben unsere praktische Arbeit und wir verwenden unsere schwachen materiellen Mittel aber zu einem anderen Zwecke: wir wollen dadurch die Fähigkeit und Brauchbarkeit der Arbeiter als Klassenkämpfer erhöhen. Nicht sollen die Arbeiter dadurch mehr oder weniger mit dem Gegenwartstaat ausgehöhlt werden, sondern im Gegenteil soll ihnen durch wachsenden Arbeiterschutz, durch gewerkschaftliche Erfolge, durch die Revolutionierung der Köpfe in Gestalt politischer Aufklärung nur um so schärfer die Unhaltbarkeit der bestehenden Wirtschaftsordnung zum Bewußtsein gebracht werden, ihre Unzufriedenheit mit der Gegenwart soll verstärkt, ihre Freude am Befreiungskampf der Arbeiter dadurch angefeuert werden.

Das ist die „praktische“ Arbeit der Sozialdemokratie als Partei. Sie braucht Kämpfer, und sie will Kämpfer heranzubilden, die in den schwierigen Situationen und Schlachten des Klassenkampfes ihren Mann stellen.

Kinder aber sind als Kämpfer nicht zu gebrauchen. So energisch wir uns gegen die Kinderarbeit zu Erwerbszwecken wenden, so energisch müssen wir uns gegen die Kinderarbeit im Dienste der Partei wenden. Ich meine dabei keineswegs nur äußerliche Arbeit, wie Flugblattverteilen, auch die Klärung des Kopfes durch methodische politische Belehrung ist Arbeit, und sogar schwere Arbeit im Dienste der Partei.

Ich wende mich also dagegen, daß die bewußte, planmäßige sozialistische Aufklärung durch die Partei schon bei den Kindern beginnt. Man beachte wohl: die planmäßige Aufklärung durch die Partei. Das schließt nicht aus, daß indirekt eine Beeinflussung des Kindes im Sinne des Sozialismus möglich ist. Das ist aber nicht Sache der Partei, sondern der einzelnen Parteigenossen und Genossinnen, soweit sie Väter und Mütter sind. Von ihrer erzieherischen Befähigung hängt es ab, ob und inwieweit sie es zustande bringen, daß ihre Kinder mit werdender Selbständigkeit ihren Weg zur Partei nehmen. Es wird in dieser Beziehung viel gesündigt. Gerade die liebevoll-gewaltigen Mittel, mit denen die Eltern oft vorgehen, schaden weit mehr als sie nützen. Es ist keine Seltenheit, daß gerade die Kinder vortrefflicher Parteigenossen der Partei läßt gegenüberstehen, weil ihr kindlicher Oppositionsgeist sie mit Groll gegen die sozialistische Zwangserziehung des Vaters erfüllte. Es ist so viel vom Rechte des Kindes die Rede. Lassen wir dem Kinde das Recht, sich auf gut gepflegtem Boden bei aufmerksamer, aber zugleich vorsichtig-zurückhaltender Bewachung frei zu entwickeln. Wer denkt so gering von der Verberkraf der sozialistischen Ideen, daß er ihnen nicht zutraut, sie werden ganz von selbst zur richtigen Zeit das frei und gerade gewachsene, mit offenem Blicke begabte Kind zu sich herüberziehen? Von den Eltern freilich hängt dabei viel ab. In erster Linie sollen sie durch ihr Beispiel wirken. Dann sollen sie über die wichtigsten Erziehungsgrundsätze unterrichtet sein. Sie sollen auch imstande sein, die frechen Attentate des Klassenstaats auf Geist und Gemüt des Kindes in Gestalt religiöser und burrapatriotischer Beeinflussung ebenso taktvoll wie energisch abzuwehren. Hierbei kann die Partei allerdings durch Aufklärung der Eltern und durch Schaffung geeigneter Jugendliteratur mehr tun als bisher. Aber die Tätigkeit der Partei ist nur eine indirekte. Sie nimmt ihren Weg über die Eltern hinweg.

Die bisherigen Ausführungen werden zur Genüge erkennen lassen, daß ich den praktischen Vorschlag des Genossen Krüger auf Errichtung von Jugendheimen grundsätzlich ablehnen muß, ganz abgesehen davon, daß seine Verwirklichung auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt, wenn wir nicht ungeheure Mittel — die wir nicht haben — dafür aufwenden wollen. Genosse Krüger denkt, einige Genossinnen zur Beaufsichtigung werden sich finden lassen. Vielleicht sind einige bereit dazu. Aber haben diese auch die notwendige pädagogische Befähigung? Und warum sollen überhaupt die 10 bis 14-jährigen Kinder nach der Schulzeit wieder in geschlossenen Räumen herumhocken und lesen? Frische Luft, Spiel im Freien, methodisch betriebene körperliche Arbeit mit pädagogischer Tendenz wäre viel notwendiger für sie. Aber dieser schöne Plan ist im Gegenwartstaat unausführbar. Er ist im Verein mit der ganzen Umgestaltung des Erziehungswesens die Sache des siegreichen Sozialismus.

Wie steht es aber mit den aus der Schule entlassenen Kindern? Muß die Partei nicht auf sie sofort die Hand legen? Ich verneine auch diese Frage, allerdings mit einer gewissen Einschränkung, wie sich im weiteren Fortgang ergeben wird.

Wenn die Kinder noch nicht als Kämpfer anzuschreiben sind, so auch noch nicht die halben Kinder. Die meisten schulentlassenen Kinder kommen in die Lehre; es ist dies in gewissem Sinne eine Fortsetzung der Schule, nur auf anderem Gebiet. Die immer mehr auf sozialdemokratisches Drängen eingerichteten obligatorischen Fortbildungsschulen treten zur beruflichen Ausbildung hinzu. Daran haben der werdende Jüngling und die werdende Jungfrau vollauf genug. Sie denken ohnehin noch mit Unbehagen an die Schulzeit zurück und freuen sich, endlich dieser vielverlangenden Dressuranstalt entwachsen zu sein. Wenn nun sofort die Partei an die Kinder herantritt und zu ihnen sagt: die Kinderschule habt ihr hinter euch, jetzt marsch hinein in die Parteischule! so werden wenige mit Freuden kommen, viele werden mürrische Gesichter machen und die allermeisten werden die Schule schwänzen. Einen Schulzwang aber kann die Partei nicht aussprechen.

Aber dieser Zustand in der geistigen Entwicklung des Menschen ist erfreulicherweise nur ein vorübergehender, er endet zumeist mit den Flegeljahren und mit der erreichten Pubertät. Dann beginnt die Zeit der Selbsterziehung. Der Jüngling und das Mädchen wollen in die Gedankenwelt der Erwachsenen hinein. Sie fühlen, wie viel ihnen dazu noch fehlt, und jetzt erwacht die brennende Begier in ihnen, es zu tun und zu treiben, wie die Großen es tun und treiben.

Und hier ist nach meiner Auffassung der Zeitpunkt gegeben, wo die Partei als Partei sich nach wohlzuüberlegendem Plane an die Jugend zu wenden hat. Von hier an stimme ich den beredtesten Klagen über eine bedauerliche Unterlassungsfünde der Partei zu; von hier an bin ich bereit, mit Eifer und Liebe mich an allen Bestrebungen zu beteiligen, die geeignet erscheinen, diese klaffende Lücke unserer Parteipropaganda auszufüllen. Ich glaube, daß ich mit dieser Auffassung des Problems sowohl der Genossin Ziey als auch dem Genossen Frank ziemlich nahe stehe.

Wer erinnerte sich nicht noch mit zugleich schmerzlicher und doch süßer Begehr der Zeit, als er, ein staubdürstiger Jüngling, mit tausend Masten in den Ozean schiffte! Wohl dem, der in dieser Zeit eine weise lenkende Führung hatte. Man stürzt sich begierig auf alles, man liest und liest, man läßt sich hinreißen und begeistern, man ist rasch für ein Ziel entflammt, man folgt mit Freuden einem von autoritativer Stelle gegebenen Ratsschlag, man kennt keine Gefahren, keine Schwierigkeiten, keine Hindernisse, man will und darum sieht man überall Wege.

Nur zu leicht wird diese jugendstarke, hoffnungsfreudige Begeisterung auf Abwege gelenkt, oder sie verliert sich in Auserlichkeiten. Die Partei würde ganz gewaltig gewinnen, wenn es ihr gelänge, sie für die große, schöne, begeisterungsfähige Sache des Sozialismus nutzbar zu machen. Wie sehr sie begeistern kann, wie sie den einzelnen hinweghebt über die mancherlei Versuchungen jener Jahre, wie sie den Mut stärkt und die Urteilsfähigkeit hebt — wer es bei sich selbst erfahren hat, der weiß es zu würdigen!

Jetzt tut die Partei nichts für diese wichtigsten Jahre der Entwicklung des Geistes und des Charakters. Alles bleibt dem Zufall überlassen. Die paar öffentlichen Vorträge, zumeist aktuellen Inhaltes, zählen nicht. Die Bibliotheken reichen nicht aus, auch fehlt es an einer Anleitung, um sich auf dem richtigsten, kürzesten und gewinnbringendsten Wege in die Gedankenwelt des wissenschaftlichen Sozialismus hineinzuwerfen. Treten die jungen Männer und Mädchen — so wie die letzteren nicht vereinsgesellschaftlich gehindert sind — der politischen Organisation bei, so sind sie auf lange Zeit hinaus zum Nichtstun verdammt. Die alten bewährten Genossen führen das Wort, oft mehr als gut ist. Auch sitzen sie fest in ihren Ämtern. Die Jugend sieht sich das einige Male an, dann bleibt sie den Versammlungen fern, besonders wenn durch leidige persönliche Debatten der rosigte Idealismus des Jünglings eine besonders herbe und plötzliche Abkühlung erfährt.

Was müßte demgegenüber geschehen? Die organisatorische Seite der Frage läßt sich bei der Verschiedenartigkeit der Landesgesetze nicht über einen Kamm scheren. Die diesbezüglichen Anregungen des Genossen Frank, besonders aber die der Genossin Ziey sind sehr beachtenswert. Nur dem Vorschlag des Genossen Frank, in Jena einen Paktus in das Organisationsstatut zu bringen, wonach in jedem Reichstagswahlkreis Vertrauenspersonen für die Jugend zu wählen seien, möchte ich einiges entgegenhalten. Die Bewegung scheint mir noch zu neu und noch zu sehr im Werden begriffen, als daß wir sie durch das Organisationsstatut schon in einem wichtigen Punkte festlegen dürften. Vielleicht ist der Vorschlag des Genossen Frank auf Einsetzung von Vertrauenspersonen praktisch. Aber dann läßt er sich auch ohne entsprechenden Paktus im Organisationsstatut verwirklichen. Freiheit in der Entwicklung ist für die junge Bewegung zunächst ein wichtiges Erfordernis.

Aber in einer anderen Hinsicht kann nach meiner Auffassung im Interesse unserer Bewegung das neue Organisationsstatut zweckmäßig beeinflusst werden: ich habe die Zusammenfassung des Parteivorstandes im Auge. Durch den vorliegenden Entwurf des Organisationsstatuts soll die Zahl der Parteivorstandsmitglieder wiederum festgelegt werden (auf acht). Das halte ich für falsch. Ich halte es für dringend notwendig, daß die Aufgaben des Parteivorstandes erweitert werden. Er sollte nicht nur ein gutes Verwaltungsbureau sein, sondern er sollte auch in Zukunft planmäßig an die Aufklärung und Schulung sowohl der neugewonnenen als auch der alten Parteigenossen in prinzipieller Hinsicht herantreten. Auch auf diesem Gebiet liegt vieles brach, worauf ich in diesem Zusammenhang nicht eingehen will. Eine der neuen Aufgaben, die dem Parteivorstand zu überweisen wären, müßte nach meiner Auffassung darin bestehen, daß er für die methodische Schulung der jugendlichen Arbeiter Mittel und Wege aufsucht und anweist. Soll diese Aufgabe allein den einzelnen Wahlkreisen und Ortschaften überlassen bleiben, so wird sie nur unzulänglich erfüllt werden können. Es fehlt überall an den nötigen Lehrkräften. Wenn dem Parteivorstand in Zukunft größere Geldmittel zugeführt werden, so möge er sie zum Teil zur Unterhaltung von einer Reihe tüchtiger Lehrkräfte und Redner benutzen, die in geeigneter Weise den darauf verlangenden Orten vorübergehend zur Verfügung zu stellen sind. Ein Bedürfnis nach methodischer Agitation und Aufklärung macht sich in immer weiteren Parteikreisen, besonders unter dem jüngeren Nachwuchs, geltend. Ich gestehe, daß ich darüber sehr erfreut bin, und ich halte auch nicht mit der Meinung zurück, daß uns eine kluge und umsichtige Befriedigung dieses Bedürfnisses in Zukunft vor

einer Wiederkehr unliebsamer Erscheinungen, wie wir sie in den letzten Jahren bis zum Überdruß hatten, bewahren wird.

Sollen aber dem Parteivorstand neue und schwierige Aufgaben übertragen werden, so genügt seine jetzige Zusammensetzung nicht. Die jetzigen Vorstandsmitglieder sind bereits mit Arbeiten überhäuft. Darum sollte durch das Organisationsstatut jedem Parteitag das Recht zugesprochen werden, die Größe des Parteivorstandes je nach den vorhandenen Bedürfnissen zu bestimmen.

Einem Mißverständnis will ich noch vorbeugen. Ich will keineswegs die für unsere Jugendbewegung notwendige Arbeit auf den Parteivorstand abwälzen. Ich weiß sehr wohl, daß die Initiative und Arbeitslust der Genossen in den einzelnen Orten die wichtigste Vorbedingung für eine wirkungsvolle Arbeit an der sozialistischen Jugend ist. Aber ich möchte in dem Parteivorstand ein Organ schaffen, das neben seinen sonstigen vielen Verpflichtungen auch den dringenden Wünschen und Bestrebungen in bezug auf die Jugendorganisation ein umsichtiger und leistungsfähiger Ratgeber und Helfer sein kann. Heinrich Schulz.

## VII.

Wie die Jugend für den Sozialismus zu gewinnen ist, darüber hat sich wohl schon mancher von uns den Kopf zerbrochen, ohne zu einem Ergebnis gelangt zu sein. Die Jugendheime, deren Gründung Genosse Krüger forderte, sind für unsere Partei unausführbar, schon allein wegen der nötigen Geldmittel, wie dies Genossin Ziey bereits ausgeführt hat. Unsere Partei braucht ihr Geld zum Kampfe und abermals zum Kampfe! Auch die Genossen einer Großstadt könnten nicht ausreichende Mittel für Jugendheime aufbringen. Den größeren Mitteln ständen größere Bedürfnisse gegenüber, so daß das Verhältnis sich doch immer gleich bliebe. Und wo sollten wir wohl die Genossen und Genossinnen hernehmen, welche diese Heime zu leiten hätten? Nach meiner Ansicht müßten diese Leiter und Leiterinnen pädagogisch gebildet sein, und Leute, von denen das gilt, haben wir unter uns nur sehr wenig. Unsere Genossinnen insbesondere sind fast ausschließlich Proletarierinnen und bringen schon ein großes Opfer, wenn sie die Kleinarbeit verrichten, denn die meisten von ihnen werden den lieben langen Tag von Arbeit und Sorge in Anspruch genommen. Gewiß haben wir unter der Lehrerschaft manche stille Genossen. Diese könnten sich aber wegen ihrer Existenz der Sache nicht widmen, dafür bietet Hamburg ein klassisches Beispiel. Man braucht nur daran zu denken, was der Jugendschriftenausschuß über sich ergehen lassen mußte. Weil er wegen einer Weihnachtsausstellung in Verbindung mit Auer & Co. getreten war — keine andere Buchhandlung wollte das Unternehmen unterstützen —, sind die Gutgesinnten schier aus dem Häuschen geraten. Der Vorschlag Krügers ist für uns auch noch aus manchen anderen Gründen unausführbar, auf die schon hingewiesen worden ist.

Ob die Bildung von Jugendorganisationen uns Erfolg bringen wird, darüber hege ich noch recht große Zweifel. Nach meiner Ansicht müssen wir erst die Frauen und Mütter haben, bevor wir die Jugend gewinnen können. Die Frau ist die Seele der Familie, und die Kinder finden das Tun einer verständigen Mutter immer nachahmungswert, ihr Wort ist ihnen Evangelium. Die Partei müßte darum die Agitation unter den Frauen viel intensiver unterstützen. Davon abgesehen könnte man nach meiner Ansicht zur Aufklärung der Jugend selbst schon vieles erreichen, wenn man recht häufig entsprechende Unterhaltungsabende veranstaltete. Für diese Veranstaltungen müßten sich alle Genossen und Genossinnen interessieren, sie richtig anfassen und mit Nachdruck und Ausdauer fördern. Wer nicht mittäte, der dürfte wenigstens nicht hindern. Wir haben so herrliche Meisterwerke, aus denen wir für die Bildung und Veredelung der Jugend ausgiebig schöpfen können. Es müßte zum Vortrag kommen, was alles Schöne und Gute in der Seele der Jugend weckt, was ihr Liebe zur Freiheit, Liebe für die Menschheit und Liebe für die Gerechtigkeit einflößt. Die Jugend muß begeisterungsfähig gemacht werden für eine große Idee. So schaffen wir uns Kampfgenossen. Der nächste scharfe Versuch ist gewiß bei allem Geschäftlichen wohl am Platze, doch unser hehres Ziel erreichen wir nicht ohne Begeisterung. Wir müssen nicht nur denken und streben, wir müssen auch fühlen für unsere Idee. Das Streben für Gleichheit alles dessen, was Menschenanständig trägt, muß tief in unserem Herzen wurzeln, mit unserem ganzen inneren Menschen verwachsen sein, dann geht es unwiderstehlich vorwärts! Es wäre sehr erfreulich, wenn die Frage: „Wie gewinnen wir die Jugend?“ auf dem übernächsten Parteitag zur Diskussion stände. Emilie Dittmer, Hamburg.

## VIII.

Genosse Krüger hat versucht, das Problem der Erziehung der Jugend zum Sozialismus der wünschenswerten Lösung nahe zu bringen. Der von ihm angegebene Weg dazu scheint mir jedoch, ganz abgesehen von den vereinsgesellschaftlichen Schwierigkeiten, die sich sicher entgegenstellen würden, ein ungangbarer zu sein.

Speziell die Gründung der Gruppe I, die Kinder von zehn bis vierzehn Jahren umfassen soll, dürfte sich nicht durchführen lassen. In diesen Jahren fehlt den meisten Kindern noch der eigene Antrieb, außer den Schulstunden noch zu lernen. Der proletarische Nachwuchs muß außerdem in dieser Zeit schon Hand anlegen, um mit irgend einer Arbeit sein Stüchden Brot zu verdienen, so daß ihm auch die Mühe zum Besuch der Jugendheime fehlt, wie Genosse Krüger sie sich denkt. Weiter kommt in Betracht, daß in vielen Fällen Mann und Weib in der Brotfront stehen und tagein tagaus

alle Sorgen und Härten des Existenzkampfes durchkosten müssen. In der Folge geht vielen von ihnen die Erkenntnis von der Wichtigkeit ab, die einer systematischen Unterweisung ihrer Kinder in den Lehren des Sozialismus zukommt. Andere wiederum betrachten den Sozialismus als eine Gefühlsache, deren Erfassen gleichsam in der Luft liegt. So dürfte es sich wohl zu erklären, daß seitens recht vieler Eltern, die sich selbst zu den „Aufgeklärten“ rechnen, so wenig getan wird, um die hehren Ideale der Sozialdemokratie in die jungen Kinderherzen zu pflanzen. Es scheint mir zweifelhaft, daß bei Gründung von Jugendheimen die Eltern in Massen ihre Kinder diesen zuführen würden. Denn Voraussetzung dafür wäre, daß der wissenschaftliche Sozialismus in seinen Grundzügen, in seiner vollen Bedeutung von den Massen erfaßt wäre. Leider aber trifft dies heute für einen großen Teil des uns anhängenden Proletariats noch nicht zu. Wohl ist unsere Bewegung riesig in die Breite gegangen, aber nicht ebenso in die Tiefe, und diesem Übel dürfte nicht durch Gründung von Jugendheimen abgeholfen werden. Andererseits ist wohl eins gewiß. Dort, wo in richtiger Würdigung der Sache sehr viele Eltern ihre Kinder den Jugendheimen zuführten, würden die Schulbehörden sich ängstlich bemühen, das „sozialistische Gift“ von der Schuljugend fernzuhalten oder es „unschädlich“ zu machen. Und dazu stehen ihnen gar vielerlei Mittel zu Gebote.

Auf Grund dieser und anderer Erwägungen und auf Grund meiner persönlichen Erfahrung bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß das Vorbild, welches den Kindern zu Hause gegeben wird, am stärksten auf sie einwirkt, und daß die mit den sozialistischen Lehren vertraute Mutter am erfolgreichsten das junge bildsame Herz und Hirn des Kindes anregt und erzieht. Unter der Leitung einer solchen Mutter vermag der Sozialismus leicht und fest von der Seele des Kindes Besitz zu ergreifen. Daher scheint es mir weit notwendiger, statt Jugendheime für Kinder von zehn bis vierzehn Jahren zu gründen, der Gewinnung der Mütter sowie der jungen Mädchen, als den zukünftigen Müttern weit mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden, als es der Fall ist! Wohl stellen sich der Aufklärung der Frau alle möglichen Hindernisse entgegen. Trotz alledem ist die proletarische Frauenwelt für den Sozialismus zu erobern. Es gilt, die hier schlummernden Kräfte zu wecken und sie seinen Idealen dienstbar zu machen. Daher sollte kein Mann öffentlich als Agitator und Organisator für die Sozialdemokratie auftreten, der nicht erst versucht hätte, seine eigene Frau, seine eigenen Kinder für unsere Weltanschauung zu gewinnen. Damit soll nicht gesagt sein, daß alle die aufgeklärten Frauen als agitatorisch oder organisatorisch tätig vor die Front treten müssen, es genügt, wenn sie von den edlen Zielen der Sozialdemokratie fest überzeugt sind, damit sie mit sicherer Hand den sozialistischen Samen in die zarten Kinderherzen streuen, die junge Saat hegen und pflegen können, gleich wie der Gärtner das junge Bäumchen pflegt.

Wenn dann das junge Menschenkind die Schulbank verläßt, um als jugendliche Arbeitskraft den industriellen Arbeitercharen eingereiht zu werden, so gilt es, dafür zu sorgen, daß es Anschluss an die Partei findet. Für die vierzehn- bis achtzehnjährigen jungen Leute beider Geschlechter Bildungsvereine zu gründen, das dürfte zweckmäßig, ja geradezu notwendig sein. Nur allzuoft gewahrt man, daß die jungen Leuten, sobald sie der Schule entronnen sind, statt an ihrer weiteren Ausbildung zu arbeiten, alle möglichen Torheiten und Möttrien treiben, wodurch sie dem Emanzipationskampf entfremdet werden, den ihre Klassengenossen führen, und an dem sie selbst teilnehmen müßten. Meiner Ansicht nach würde die Gründung von Jugendabteilungen im Anschluß an die Parteiorganisation sehr wohl dem Zwecke dienen, die jungen Proletarier auf den rechten Weg zu führen. Planmäßig geleitete Turn- und Gesangstunden, Besuche- und Diskutierabende, sowie gemeinschaftliche Ausflüge und Besuche von Museen, Konzerten usw. sollten den Drang nach allem Guten, Wahren und Schönen wecken und entwickeln. Die Anregung zum selbständigen Denken wird zum Fortschreiten, Wollen und Handeln führen. Unserer sozialistischen Weltanschauung würden dadurch Kämpfer und Mitarbeiter entstehen, die von Grund auf in den Lehren des wissenschaftlichen Sozialismus unterrichtet sind und die sich selbstlos ganz für ihre Überzeugung einsetzen.

Um insbesondere die jungen Mädchen zu zielbewußten Kämpferinnen heranzubilden, müßten die Frauenbildungsvereine entsprechende Sonderabteilungen gründen, deren Arbeit ich mir ähnlich denke, wie die der Abteilungen für die jungen Männer. Wenn die Sache richtig angefaßt wird, so läßt sich auch das Interesse der jungen Mädchen auf unsere Bewegung hinlenken. Es schlummert in allen jungen Seelen, ohne Unterschied des Geschlechtes, ein entwicklungsfähiger Kern, der nur der Befruchtung harret und dessen Entfaltung im Interesse der Sozialdemokratie liegt. Darum sollte das Bestreben aller Genossen und Genossinnen sein, die Jugend über unsere Ideen aufzuklären. Gelingt uns das, so können wir stolz und siegesicher ausrufen: „Das 20. Jahrhundert gehört dem Sozialismus!“

W. Käher.

### Der politische Massenstreik.

Der wichtigste Verhandlungsgegenstand des sozialdemokratischen Parteitags zu Jena dünkt uns die Frage des politischen Massenstreiks. Ihre Erörterung ist nicht dem Bedürfnis der Literaten in der Partei nach theoretischen Auseinandersetzungen entsprungen. Im Gegenteil: sie wird durch die praktischen Bedürfnisse der Massen nahegelegt, sie wird dem Klassenbewußten Proletariat durch die geschichtliche Ent-

wicklung aufgezwungen als Konsequenz der sich immer schärfer zuspitzenden Klassengegensätze und Klassenkämpfe. Je erfolgreicher die Zusammenfassung und der Aufmarsch der proletarischen Massen auf dem Boden des Klassenkampfes vor sich geht; je energischer ihre organisierte und zielklare Vorhut mittels der Gewerkschaften und des Parlamentarismus vorwärts drängt; je ernster die ausbeutenden Klassen sich in der Folge in ihrer Herrschaftsstellung bedroht fühlen; um so fester schließen auch sie sich organisiert zusammen; um so zäher und erbitterter wird ihr Widerstand gegen jede Forderung, jeden Vorstoß des Proletariats.

Der gewerkschaftlichen Aktion stellt sich immer häufiger statt der einzelnen Kapitalisten die Unternehmerorganisation großer Industriegebiete, aller verwandten Gewerbegruppen entgegen, hinter der bei tiefer furchenden Kämpfen die Kapitalistenklasse des ganzen Landes steht. Außer seiner wirtschaftlichen Macht mobilisiert aber das von der Furcht zusammengekauerte Unternehmertum gegen die „meutenden“ Lohnsklaven auch seine überlegenen sozialen und politischen Einflüsse auf die Staatsgewalt, einen Einfluß, der wächst und erstarkt mit der Organisierung der Arbeitgeber, der Kartellierung wichtiger Industrien, der Monopolstellung, welche die Trusts usw. erlangen. Dem parlamentarischen Ringen des Proletariats, sich der Gesetzgebung als eines Hebels des Fortschritts, der Reform zu bedienen, stemmen sich mehr und mehr die koalitierten bürgerlichen Parteien als die eine reaktionäre Masse entgegen. Die wirtschaftlichen wie die politischen Kämpfe des Proletariats werden in der Folge schwieriger, opferreicher, sie vermögen nur selten einschneidende positive Erfolge zu erzielen. Gleichzeitig wächst in den herrschenden Klassen der Haß gegen die wichtigsten politischen Rechte der ausgebeuteten Volksmehrheit, welche gefeindlich verbürgte Kampfeswaffen derselben sind. Die Koalitionsfreiheit wird durch die Praxis der staatlichen Gewalten geknebelt und gemeuchelt, die Forderung nach Demokratisierung und Sicherung des Wahlrechts findet kein Gehör, nicht aufzuhaltende Reformen desselben werden mit tückischen Verböhrungen zur Stärkung der reaktionären Mächte verquiekt, die Wahlrechtskräubererei mehren sich.

Diese Situation weist eindringlich auf die Notwendigkeit hin, daß die gewerkschaftliche und die politische Bewegung des Klassenbewußten Proletariats in steigender innerer Fühlung sich gegenseitig ergänzen und stützen. Die Wucht wirtschaftlicher Kämpfe muß unter Umständen durch parlamentarische Aktionen verstärkt werden, wie umgekehrt die letzteren eventuell durch die gewerkschaftliche Machtausübung kraftvoller zu gestalten sind. Aber aus dieser Situation heraus ist auch die Frage erwachsen, ob das Proletariat außer den beherrschten und unentbehrlichen Mitteln des gewerkschaftlichen und parlamentarischen Kampfes noch über eine weitere Waffe verfüge, die es unter gewissen geschichtlichen Umständen anwenden könne, ja anwenden müsse. Als eine solche Waffe erscheint der politische Massenstreik.

Der Gedanke, sich des Streiks als eines politischen Kampfesmittels zu bedienen, entspringt aus den Existenzbedingungen des Proletariats, aus der Erkenntnis von der wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung und Unentbehrlichkeit seiner Leistungen für die Gesellschaft. Die Arbeit der Ausbeuteten schafft das Fundament unserer sozialen Ordnung. Diese Tatsache und dazu seinen schärfsten Gegensatz zu dieser Ordnung kann das Proletariat am wirksamsten durch eine Arbeitsniederlegung zum Ausdruck bringen, die möglichst allgemein ist oder wenigstens die Arbeiterschaft der Industrie und Gewerbe umfaßt, die für das nationale Wirtschaftsgetriebe oder für das Leben der Großstädte ausschlaggebend sind. Der politische Massenstreik kann als bloße Demonstration auftreten, die eine letzte, ernste Warnung der Arbeiterklasse an die herrschenden Gewalten bedeutet. Er kann aber auch als „Professions-“ als Zwangsmittel zur Anwendung kommen, das die Durchsetzung einer proletarischen Forderung bezweckt, die Staatsgewalt einer proletarischen Willensäußerung unterwerfen will. Die ausgerollte Diskussion dreht sich in der Hauptsache um diese zweite, bedeutsamere Form des politischen Massenstreiks.

Der politische Massenstreik muß seinem Wesen, seinen Ursachen und Zielen nach scharf unterschieden werden von allen Ausständen, welche der Sprachgebrauch vielfach als Generalstreiks bezeichnet. Nicht die Ausbeutung macht einen Ausstand zum politischen Massenstreik, sondern erst die Gründe, aus denen er entsteht, und die Ziele, die er verfolgt. Der politische Massenstreik wird nicht durch das Ringen um bessere Arbeitsbedingungen ausgelöst, er wendet sich nicht gegen die wirtschaftliche Ausbeutungsmacht der Kapitalisten. Er wird vielmehr hervorgerufen durch Tat oder Unterlassungsfünden der Gesetzgebung, des Staates — vor allem durch das Versagen oder den Raub politischer Rechte —, welche den breitesten Massen als unerträgliches Unrecht zum Bewußtsein kommen, er kehrt sich gegen die politische Machtorganisation der Kapitalistenklasse, gegen den Ausbeuterstaat. Indirekt und direkt will er auf diesen einwirken, will er ihn zur Räson bringen. Mittelbar durch den wirtschaftlichen Druck, den eine Arbeitseinstellung großen Stils auf die Kapitalistenklasse ausübt und sie veranlaßt, ihren politischen Einfluß für die jeweilige proletarische Kampfesforderung geltend zu machen oder wenigstens nicht gegen diese. Unmittelbar aber dadurch, daß er mit seinen unabwendbaren Begleiterscheinungen lähmend, desorganisierend auf den Staat selbst einwirkt.

Es ist in der Natur der Sache begründet, daß zwischen dem politischen Massenstreik und wirtschaftlichen Generalausständen manche Fäden der Wesensverwandtschaft lausen. Insbesondere gilt das von dem ökonomischen Streik, der dank seiner Riesenausdehnung oder der Natur und Bedeutung der betroffenen Industrie seine Wellen auf das politische Gebiet

hinüber schlägt. Dagegen steht der politische Massenstreik seinem Wesen und seinen Zielen nach im schroffsten Gegensatz zu dem sozialrevolutionären Generalstreik der Anarchisten und Anarchistengenossen. Soll der erstere eine brauchbare Kampfswaffe des Proletariats sein, so gilt es, die Grenzlinie zwischen ihm und der anarchischen Utopie mit aller Schärfe herauszuarbeiten und den Massen zum Bewußtsein zu bringen.

Der sozialrevolutionäre Generalstreik bezweckt nicht, dem Kapitalistenstaat in Abwehr oder Angriff Konzessionen zu entreißen, er will die kapitalistische Ordnung selbst aufheben oder ihr wesentliche Institutionen und Erscheinungen, die erst mit ihr selbst verschwinden können, so zum Beispiel den Militarismus, den Krieg. Seine Anhänger übersehen und misachten die realen geschichtlichen Bedingungen des proletarischen Emanzipationskampfes. Sie wännen, durch einen einzigen Akt revolutionären Kampfes die heutige Gesellschaftsordnung aus den Angeln heben, durch eine neue Ordnung zu bilden. Ihre Auffassung verkennt den innerlichen Zusammenhang, der zwischen den Tagesarbeiten und Tageskämpfen des Proletariats auf allen Gebieten und der letzten Entscheidungsschlacht um die Eroberung der politischen Macht besteht; sie verkennt die feste, unlösliche Verflechtung, welche das notwendige und unschätzbare tägliche Werk zur stufenweisen Aufklärung, Organisierung und Hebung des Proletariats mit dem letzten revolutionären Hammerschlag verbindet, welcher die Hindernisse beseitigt, die sich der normalen gesellschaftlichen Entwicklung zum Sozialismus entgegenstellen. Sie setzt an die Stelle dieses Werkes die Spekulation auf die alleinseligmachende eine Tat. Sie leugnet daher die Bedeutung des parlamentarischen Kampfes, und wäre sie konsequent, sie müßte gleicherweise die gewerkschaftliche Aktion verpönden. Die Praxis zieht diese Konsequenz, welche die anarchistische Theorie nicht formuliert. Wo proletarische Massen durch den Glauben an die Utopie des sozialrevolutionären Generalstreiks hypnotisiert sind, da leidet mit der politischen auch die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterklasse not.

Was wir bereits zur Charakterisierung des politischen Massenstreiks anführten, erweist schon seinen inneren Gegensatz zu dem anarchischen Generalstreik. Aus ihm erhellt, daß die Auffassung, der politische Massenstreik könne unter gewissen Verhältnissen ein proletarisches Kampfesmittel sein, mit den Realitäten rechnet, welche den proletarischen Klassenkampf beeinflussen, daß sie sich der Zusammenhänge zwischen Evolution und Revolution, zwischen langamer, zäher, oft unscheinbarer Tagesarbeit und dem endlichen „Umsturz“ der kapitalistischen Ordnung wohl bewußt ist. Sie tritt daher nicht mit der Annahme auf, der politische Massenstreik sei die einzige wirksame Kampfswaffe des Proletariats. Umgekehrt: sie gibt dem Glauben an alleinseligmachende Mittel und Methoden des Kampfes einen neuen Stoß, denn sie läßt helles Licht darauf fallen, daß auch gewerkschaftliche und parlamentarische Aktion nicht solche Mittel sind, daß ihre Wirksamkeit auf Grenzen stößt. Allein sie stellt den politischen Massenstreik keineswegs in Gegensatz zu beiden Aktionen und will diese nicht durch ihn verdrängen. In richtiger historischer Würdigung von ihrer Bedeutung soll der politische Massenstreik die noch nicht vorhandene Möglichkeit freier, kraftvoller parlamentarischer und gewerkschaftlicher Betätigung schaffen; soll er die von der Reaktion bedrohte Möglichkeit dieser Betätigung sicherstellen; soll er den Parlamentarismus und die Gewerkschaftsorganisation fruchtbarer machen. Die Diskussion des neuen Kampfesmittels kann daher die gewerkschaftliche und parlamentarische Arbeit nicht diskreditieren und lähmen; im Gegenteil, sie muß ihr neue, kräftige Impulse geben. Nicht abrüsten, mehr rüsten auf der ganzen Linie des proletarischen Befreiungskampfes, so heißt es, wenn man die Möglichkeit des politischen Massenstreiks ins Auge faßt.

Den anders gelagerten geschichtlichen Umständen entsprechend, scheint der politische Massenstreik berufen, die gleiche Rolle in dem proletarischen Emanzipationskampf zu spielen, wie Steuerverweigerung und Barrikadenkampf für das revolutionäre Ringen der Bourgeoisie. Er ist seinem Wesen nach kein alltägliches, sondern ein äußerstes, ein revolutionäres Kampfesmittel des Proletariats. Wie die Revolution bricht er eruptiv aus dem auf's tiefste empörten Rechtsempfinden der Massen hervor. Er läßt sich daher nicht anbefehlen, aber auch nicht verbieten. Er ist nicht, wie wir bereits früher sagten, der revolutionäre Homunkulus, der jederzeit in der Retorte eines Beschlusses fabriziert werden kann, um unter allen Umständen eine bestimmte Forderung durchzusetzen. Er ist aber ebensowenig ein trodenes Rechenexempel, an welches das Proletariat nur herangeht, wenn es auf Grund genauer Prüfung der Organisations- und Klassenverhältnisse von vornherein die Lösung sicher in der Hand zu haben glaubt. Für seine Möglichkeit und seinen Erfolg sprechen eine Reihe von Inponderabilien mit — unwägbarer geistige, sittliche, politische Einflüsse und Kräfte —, welche die revolutionäre Spannung der gesellschaftlichen Atmosphäre auslöst und in den Dienst der proletarischen Interessen stellt. Womit jedoch keineswegs gesagt sein soll, daß das Vorhandensein starker, leistungsfähiger Organisationen, welche die Natur des Massenstreiks begriffen haben, ihn zielklar leiten und disziplinieren, nicht von wesentlicher Bedeutung für seinen Verlauf und sein Ergebnis wäre.

Der politische Massenstreik läßt sich seinem revolutionären Wesen nach weder improvisieren, noch durch Straßenmanifestationen oder Versuche — den ins Zeitgenössische überfesten Fußchen und Handstreichchen früherer revolutionärer Bewegungen — „vorbereiten“, er ist keine Spielerei, zu der das Proletariat greift, damit „etwas geschieht“. Er darf

nicht auf bestimmte Eventualitäten hin angedroht werden, denn dabei könnten die Massen versagen, und die Gegner wären gewarnt und vermöchten sich zu rüsten. Der politische Massenstreik muß kommen wie der Dieb in der Nacht, aber wenn er ausbricht, so muß das Proletariat seine ganze Einsicht, Weisheit, Kraft und Opferfreudigkeit für seinen Erfolg aufbieten. Da er die herrschenden Gewalten durch die Furcht vor der proletarischen Macht unterwerfen soll, kann er seine volle Wirkung nur ausüben, wenn hinter ihm die Revolution droht. Der Hinblick auf papierene Gesetzesparagrafen, die beim politischen Massenstreik verletzt werden können, das Bestreben, die Gesetzlichkeit um jeden Preis zu wahren, darf daher die Kämpfer nicht lähmen. Das Proletariat darf nicht vergessen, daß die Gewalt die Wurzel jedes Rechtes ist, daß die bürgerliche Gesetzlichkeit nichts als die in bindende Normen gebrachte Gewalt der bestehenden Klassen darstellt. Gemäß: die Klugheit gebietet, diese Gesetzlichkeit zu beachten; Das Proletariat nützt sie aus bis an die äußerste Grenze, wo sie seinem Interesse noch dienstbar gemacht werden kann. Es darf sich aber durch sie nicht fesseln lassen, wenn sie ein unübersteigbares Hindernis für seinen Emanzipationskampf wird. Und so ernstlich das Proletariat bestrebt sein wird, den politischen Massenstreik in friedlichen Formen durchzuführen, so wenig kann es sich reaktionären Gewalttaten gegenüber zur unbedingten Friedfertigkeit verpflichten. Es bekennet sich nicht zu der christlichen Sklavenmoral, widerstandslos zu dulden, vielmehr zu der Parole des machtbewußten Kämpfers, daß auf einen Schelmen anderthalb als Antwort gebührt.

So erscheint der politische Massenstreik nicht nur als ein äußerstes Kampfmittel, sondern zugleich als ein ungemein gefährliches obendrein. Es darf mithin nicht leichtfertig angewendet werden, jedoch wenn schon die Umstände seine Anwendung erzwingen, so muß der politische Massenstreik durchgeführt werden mit aller Rücksichtslosigkeit, mit dem Einsatz aller Kräfte der Masse, aller Kräfte jedes einzelnen Kämpfers.

Läßt man den politischen Massenstreik als proletarisches Kampfmittel zu, so gilt es, in Berücksichtigung der ausgezeigten Gesichtspunkte die Massen an Erkenntnis, Disziplin, Tatkraft und Opferfreudigkeit geistig reif für seine Durchführung zu machen. Mit dem höchsten Eifer muß an der Revolutionierung ihres Denkens gearbeitet werden. Zielbare Schulung muß den Masseninstinkt zum klaren Klassenbewußtsein läutern, das Klassenbewußtsein zum Klassenwillen verdichten.

Die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen scheinen berufen, annähernd die gleiche Rolle zu spielen, wie die revolutionären Cadres des alten Blanquismus; selbstverständlich auf einer höheren Stufe der geschichtlichen Einsicht, nicht erfüllt vom Geist utopischer Revolutionsromantik, sondern von dem Odem des modernen wissenschaftlichen Sozialismus. An der Ausdehnung, dem Ausbau, der Kräftigung der Organisationen zu arbeiten, ist daher Pflicht aller, welche die Möglichkeit des politischen Massenstreiks anerkennen. Nicht zum mindesten heißt es, den Klassenbewußten, revolutionären Geist pflegen, welcher die Organisationen befehlen muß, sollen sie ihre geschichtliche Mission im proletarischen Befreiungskampfe erfüllen. Seine Wurzeln sind theoretische Schulung und Idealismus. Wo dieser Geist die Organisationen durchglüht, da wird jene gegenseitige Durchdringung der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung nicht fehlen, die eine Voraussetzung für den Erfolg des Massenstreiks ist.

Sowohl beim Wirken innerhalb der Massen wie der Organisation weist aber der politische Massenstreik auf zwei Sonderaufgaben hin. Auf die Notwendigkeit der intensivsten Arbeit, um die proletarischen Frauen und die proletarische Jugend für die Befreiung ihrer Klasse zu begeistern. Angesichts der Bedeutung der Frauenarbeit im Wirtschaftsleben, angesichts der tief- und tiefverzweigten Folgen, mit der eine Arbeitsniederlegung großen Stills in das proletarische Familienleben eingreift: kann der politische Massenstreik nicht ohne das Verständnis, die tatkräftigste Unterstützung von Seiten der proletarischen Frauenwelt durchgeführt werden. Im Wirtschaftsleben und im Heime muß die Frau als Wissende und Vollende die Schlacht der gekreuzten Arme schlagen helfen. Und das beste Mittel, dem politischen Massenstreik den friedlichen Charakter zu erhalten, die Neigung der Herrschenden zur Gewalt zu bändigen, ist eine sozialistisch empfindende und denkende proletarische Jugend, die auch in des „Königs Rock“ nicht vergißt, wo der wirkliche „innere Feind“ steht.

So mahnt der Gedanke des politischen Massenstreiks zur rastlosesten, vertieften Tagesarbeit auf allen Gebieten. Er legt daneben die Verpflichtung zu ernstem, gründlichem Studium des umstrittenen Problems auf. Dazu anzuregen ist der Zweck dieser gedrängten und lückenhaften Ausführungen. Zum Studium selbst sei den Genossinnen eindringlich die vortreffliche Broschüre der Genossin Roland-Holtz empfohlen: „Generalstreik und Sozialdemokratie“ (Dresden, Verlag von Stadon & Co.), sowie die Artikel, welche Genosse Parvus und Genossin Luxemburg zur Frage des Massenstreiks früher schon in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht haben. Wenn wir gerade diese beiden Arbeiten hervorheben, so weil die erstere nicht genügend, die letztere gar nicht in der Broschüre gewürdigt worden ist, die im übrigen eine ausgezeichnete und reiche Zusammenfassung der wichtigsten theoretischen Erörterungen über den politischen Massenstreik gibt. Das sei bemerkt, nicht um an einer Einzelheit der wertvollen historischen Studie zu mäkeln, vielmehr weil gerade die erwähnten Artikel in hohem Maße dazu beitragen, die theoretische Erkenntnis über den politischen Massenstreik zu fördern. Studieren, agitieren, organisieren zum Zwecke gesteigerter Aktionsfähigkeit, zum Zwecke des Vereintseins, das scheint uns betreffs des politischen Massenstreiks die Lösung der Stunde.

## Aus der Bewegung.

**Von der Agitation.** Um die Aufklärung der proletarischen Frauen in Westfalen zu fördern, fanden Versammlungen statt, in denen die Unterzeichnete referierte. In Bielefeld tagte eine recht gut besuchte Frauenversammlung, deren Tagesordnung lautete: „Die Stellung der Frau zur Politik“. Die Referentin legte an verschiedenen Beispielen die Notwendigkeit der Frauenbetätigung im öffentlichen Leben dar. Sie zeigte, daß besonders der Militarismus, die indirekte Besteuerung, sowie die jetzt herrschende Fleissteuerung den Protest der Proletarierinnen herausfordern müßten. Die Rednerin forderte zum Schluß die Anwesenden auf, sich immer mehr an die Sozialdemokratie anzuschließen, da der endgültige Sieg derselben auch den Frauen Freiheit und Recht bringen werde. Die Leiterinnen der Versammlung, die Genossinnen Lampe und Jenker, richteten noch einige ermunternde Worte an die Zuhörerinnen. Die Versammlung gewann neun Abonnenten für die „Gleichheit“, die zurzeit 335 Lesefinnen zählt. Ferner sind die Kleinmütigen und Gleichgültigen aufgerufen worden, sich an dem Emanzipationskampf der arbeitenden Klasse eifrig zu beteiligen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, die Beteiligung der Frauen am Jenaer Parteitag betreffend, beschloß die Versammlung, in diesem Jahre noch von der Delegation einer Bielefelder Genossin Abstand zu nehmen und das Mandat der Genossin Kähler zu übertragen. — Im Wahlkreis Altena-Iserlohn sprach die Unterzeichnete im Auftrag der Kreisleitung in folgenden Orten: Werdohl, Lüdenscheid, Pleittemberg und Iserlohn. Die für Hohenlimburg geplante Versammlung mußte leider ausfallen. Durch ein Kriegesfest und anderen Klibim ließ die Arbeiterschaft sich abhalten, die Versammlung zu besuchen, wo ihre ureigensten Lebensinteressen zur Beratung standen. In Werdohl sowie in Lüdenscheid sprach die Referentin über: „Die Stellung der Frau zur Politik“. In Werdohl konnte die Zusammensetzung der Versammlung den Eindruck erwecken, daß dort die „Herren“ der Schöpfung sämtlich unbeweibt seien, keine einzige Frau hatte es gewagt, in die Versammlung zu kommen. Mir scheint, es wäre Pflicht der Genossen, ihren Frauen und Töchtern begreiflich zu machen, daß auch sie so gut wie die Männer derartige Veranstaltungen besuchen müssen. Auch in Lüdenscheid ließ der Besuch der Versammlung recht viel zu wünschen übrig, obgleich dort längst die ausgebeutete Frauenarbeit eine Rolle spielt. Mir dünkt, daß auch in diesem Orte weit intensiver für die Aufklärung der Frauen gearbeitet werden muß, und zwar auch von Seiten der organisierten Parteigenossen. Angenehm berührte der Versammlungsbesuch in Pleittemberg. Der allerdings kleine Saal faßte eine aufmerksame Zuhörerschaft, bestehend aus Männern und Frauen, die dem Vortrag gespannt folgten: „Was ist die Bestimmung des Weibes“. Eine kurze Debatte legte den Erschienenen noch einmal die Pflicht nahe, weiter zu agitieren, bis Mann und Weib mit vereinter Kraft ihre Menschenwürde erlänst hätten. Der Erfolg war neue Abonnenten für die Parteipresse des Kreises. Ferner erklärten die Frauen im Privatgespräch, daß sie recht fleißige Lesefinnen derselben, sowie Versammlungsbesucherinnen sein wollten. Auch in Iserlohn waren recht viele Frauen erschienen, um den Vortrag über das letztgenannte Thema zu hören. Es wurden Abonnenten für die „Gleichheit“ gewonnen, auch versprachen die Frauen, mehr wie bisher tätig zu sein, um die Aufklärung zu fördern über die elenden Verhältnisse, in denen das gesamte Proletariat schmachtet, und dem Sozialismus Beförderer zu gewinnen. Möge dem Willen die Tat folgen.

In einer stark besuchten Wanderversammlung des Arbeiterbildungsvereins von Dresden-Mitte sprach Genossin Kähler über „Die Frau als Mutter und Lohnflavin“. Der Erfolg war 24 neue weibliche Mitglieder für die obengenannte Organisation.

Am 8. August fand in Trier eine öffentliche Versammlung statt, in der Genossin Zieg-Hamburg über „Zentrum und Sozialdemokratie“ sprach. Zu dieser Versammlung waren die Frauen besonders eingeladen worden, um dieselben anzuspornen, dem vor etwa sechs Wochen gegründeten Frauen- und Mädchenbildungsverein beizutreten. Die Rednerin zeichnete die Entstehung des Zentrums infolge des Kulturkampfes und zeigte an der Hand zahlreicher Beispiele aus dem politischen Leben, daß diese Partei die Interessen der Arbeiter verraten hat, anstatt sie zu vertreten. So zum Beispiel vor allem bezüglich der Sozialgesetzgebung, Zollfragen, Flotten und Militärvorlagen usw. Das Zentrum hat sich aus einer Oppositionspartei im Laufe der Zeit zu einer Flotten- und Militärvorlagenbewilligungsmaschine, zu einer strammen Regierungspartei entwickelt. Die Ausführungen der Rednerin gipfelten in dem Nachweis, daß nur die sozialdemokratische Partei die Interessen der Arbeiter und des kleinen Mannes vertreten hat und vertreten kann. Genossin Zieg forderte in Konsequenz dessen die Anwesenden auf, sich eine straffe Organisation zu schaffen, der alle angehören müßten, und für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse zu sorgen. Ihre Mahnung an die Frauen, sich dem Frauen- und Mädchenbildungsverein anzuschließen, bewirkte, daß der Verein 11 Mitglieder gewann und deren nun 34 zählt. Auch die „Gleichheit“ fand Abonnenten. „Nun aber weiter!“ rufe ich den Trierer Genossinnen zu, damit wir bald unter den Frauen des arbeitenden Volkes eine so kräftige Bewegung bekommen, daß sie als Beispiel dienen kann.

Am 12. August fand in Kall eine Volksversammlung statt, welche sehr zahlreich, hauptsächlich von Frauen, besucht war. Genossin Zieg-Hamburg sprach über das Thema: „Reaktion überall!“ Die Referentin beleuchtete [sach] unsere augen-

blicklichen wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnisse. Der Überblick über die verschiedenen Streiks und Ausperrungen gab ihr Gelegenheit, das unternehmerfromme Verhalten der Behörden zu kennzeichnen. Der Ruhrstrik-Prozess, wie die militärischen Bluturteile wurden in ihrem Wesen als legitime Früchte der kapitalistischen Ordnung nachgewiesen. Eingehend rechnete die Referentin mit den bürgerlichen Parteien ab, besonders mit Zentrum und National-Liberalen, welche mit Verrat ihrer Prinzipien der Reaktion und Korruption Vorschub leisten. Mit einem feurigen Appell, für die Verbreitung der sozialistischen Ideen zu wirken, schloß der mit großem Beifall aufgenommene Vortrag. Einstimmig gelangte eine Resolution zur Annahme, in welcher sich die Versammlung mit den Ausführungen der Referentin vollständig einverstanden erklärte, die Politik der bürgerlichen Parteien als Maßregeln brandmarkt, die Macht der ausbeutenden und herrschenden Klassen zu stärken; wider das Vorgehen des Reichskanzlers gegen den französischen Genossen Laurès protestierte und für die Verbreitung der sozialdemokratischen Ideen zu arbeiten versprach, damit der Völkerrfriede Wirklichkeit werde. Die Versammlung sprach ferner den russischen Freiheitskämpfern ihre vollste Sympathie aus. In der Diskussion, an welcher sich auch Genossinnen beteiligten, wurde besonders auf den Wert der gewerkschaftlichen wie politischen Organisation aufmerksam gemacht, den stark vertretenen Frauen wurde dringend ans Herz gelegt, sich dem Arbeiterinnenverein anzuschließen. Es erfolgten zahlreiche Aufnahmen für die betreffenden Organisationen, die „Gleichheit“ vergrößerte ihren Leserkreis. Die Versammlung wurde mit einem begeisterten Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen. Für die Frauen gibt es in Kall kein Stillestehen mehr, ihre Losung ist: Immer vorwärts!

Frau Gert. Bacher. Am 15. August tagte in Berlin eine Versammlung der Pianomechanikarbeiterinnen, die vom Deutschen Holzarbeiterverband einberufen worden war. Sie war verhältnismäßig gut besucht, jedoch, wie festgestellt wurde, fast nur von organisierten Arbeiterinnen. Genossin Kadeit referierte über: „Zweck und Nutzen der Organisation für die Arbeiterin“, und legte den Anwesenden ans Herz, überall für die gewerkschaftliche Organisation einzutreten und Aufklärung unter ihren Kolleginnen zu verbreiten. Die Diskussion schloß mit der Annahme einer Resolution, nach welcher die Versammelten die zwingende Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen anerkennen und sich verpflichten, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dafür einzutreten. Die Versammlung erörterte des weiteren die Frage: „Wie hoch sehen wir die Beiträge für die weiblichen Mitglieder im Holzarbeiterverband fest?“ Einstimmig wurde der Vorschlag des Branchenvertreters angenommen, zu dem statutarisch festgesetzten Beitrag von 15 Pf. noch einen Lokalbeitrag von 10 Pf. zu erheben, dafür aber auch den weiblichen Mitgliedern die Krankenunterstützung zu gewähren. Da nur von sechs der am Orte befindlichen elf Fabriken Arbeiterinnen in der Versammlung anwesend waren, so bleibt den Teilnehmerinnen reichlich Aufklärungsarbeit zu leisten, die sie mit erstem Willen und der sachkundigen Hilfe des Holzarbeiterverbandes in Angriff nehmen und sicherlich belohnt sehen werden.

Neulich hatten die Genossinnen von Heeren ihre erste Zusammenkunft. Genossin Pählo als Vertrauensperson regte an, eine Stellvertreterin zu wählen. Die Wahl fiel auf Frau Steffan. Auf Anregung des anwesenden Vertrauensmannes wurden noch zwei Revisorinnen bestellt und als solche Frau Wenzel und Frau Just nominiert. Es erfolgte darauf die Erörterung verschiedener Anregungen von Genossin Baader, sowie die Vorlesung und Diskussion einiger Zeitungsartikel. Der Vertrauensmann richtete noch einen Appell an die Genossinnen, das begonnene Werk energisch weiter zu führen. Dazu sei vor allen Dingen Einigkeit, harmonisches und freundschaftliches Zusammenwirken notwendig. Zwißigkeiten dürften nicht aufkommen. Alle müßten ihre Kräfte einsetzen, damit die Heeren Frauen Kampfgenossinnen im vollen Sinne des Wortes werden. Eine Zellerfassung zugunsten der russischen Freiheitskämpfer ergab 4,75 Mk. Durch den Vortrag von Gedichten und Liedern wurden die Genossinnen noch lange beieinander gehalten.

Heinrich Just. In den letzten Wochen sprach Genossin Zetkin in Frankfurt a. M. über: „Der politische Massenstreik“, in Leipzig und Göttingen über: „Die Revolution in Rußland“. In einer Versammlung der Stukkateure zu Berlin behandelte sie das erstgenannte Thema; in einer Frauenversammlung zu Berlin referierte sie über: „Der Parteitag zu Jena“. Die Versammlung wählte als Delegierte zu diesem die Genossinnen Baader, Stod und Wulff. Im Essener Wahlkreis hielt Genossin Zetkin anlässlich der bevorstehenden Nachwahl zum Reichstag drei Versammlungen ab, und zwar eine in Werden und zwei in Essen selbst, von denen sich die letztere hauptsächlich an die Arbeiter des „Königreichs“ Krupp wendete. Sämtliche Versammlungen waren glänzend besucht, mehrere überfüllt. Der ungewöhnliche Andrang zu den Wahlkampfversammlungen insbesondere ist ein verheißungsvolles Anzeichen für das Drängen der Massen nach sozialistischer Aufklärung auch in solchen Gegenden, wo das Zentrum bis vor kurzem an die Unerforschlichkeit seiner schwarzen Herrschaft glaubte.

Weibliche Delegierte zum Parteitag in Jena. Es wurden bis jetzt zu der Tagung der sozialdemokratischen Partei delegiert: In Frankfurt a. M. Genossin Mirus; in Hamburg, vom ersten Wahlkreis, Genossin Zieg; in Mannheim Genossin Hoffmann; in Bielefeld Genossin Kähler; in Berlin die Genossinnen Baader, Stod und Wulff.

### Genossenschaftliche Rundschau.

Die Errichtung der Seifenfabrik der G.E.G.\* in Aken dürfte nun bald erfolgen können. Eine Anzahl Mittelstandsretter, an der Spitze der abgesetzte frühere Reichstagsabgeordnete Placker, die der Magistral von Aken ins Schlepptau genommen hatte, führen gegen das erste großindustrielle Unternehmen der deutschen Konsumvereine einen Kampf, als ob mit der Verhinderung dieses Unternehmens die ganze genossenschaftliche Entwicklung lahmgelegt sein würde. Jetzt hat der Kreisaußschuß in Galbe nach gutachtlichen Äußerungen der bautechnischen, ärztlichen und gewerbepolizeilichen Sachverständigen, die einmütig das Projekt als vollkommen bezeichneten, die Einsprüche abgewiesen. Nun wird noch das Ergebnis der Rekurse an den Minister, das nicht zweifelhaft ist, abzuwarten sein — dann wird das großgedachte Unternehmen, die größte deutsche Seifenfabrik, ins Leben treten. Das erforderliche Kapital von 300 000 Mk. ist von einer Anzahl Konsumvereine schon weit überzeichnet. Zugleich aber wird damit ein echter Schildbürgerstreich unserer Mittelstandspolitiker, der für die wirtschaftliche und sozialpolitische Einsicht selbst mancher Städteverwaltungen kennzeichnend ist, sein Ende finden.

Wie ein Konsumverein einen raschen und kräftigen Aufschwung nehmen kann, wenn die gesamte Arbeiterbewegung ihn nach Kräften fördert, davon ist Dessau ein Beispiel. Der dortige Verein hat es in wenigen Jahren auf eine Mitgliederzahl von über 3700 gebracht; der Umsatz im eigenen Geschäft betrug in drei Viertel Jahren 535 500 Mk., 97 700 Mk. mehr als in der gleichen Zeit des Vorjahres, dazu noch rund 300 000 Mk. in Lieferantenverkehr. Eine Sparkasse wurde begründet, die nun über 45 000 Mk. im Interesse der Sparenden selbst, nicht — wie die sonstigen Sparkassen — in dem von Kapitalisten und Vorderspekulanten verwaltet. Eine im November vorigen Jahres eingeführte Sterbeunterstützungskasse hat bereits an vierzehn Familien 420 Mk. ausbezahlt. Die Gründung einer eigenen Mühle, Großbäckerei und Kaffeerösterei mit Zentrallager auf eigenem Boden ist geplant, wofür auch die Zahl des jetzt beschäftigten Personals — 87 — sich stark erhöhen würde. So läßt sich, wenn nur die Arbeiterbewegung selbstschaffend vorgehen will, nicht allein eine Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse breiter Schichten herbeiführen, sondern auch ein Stückchen Modell und Vorschule zum „Zukunftstaat“ schaffen, dessen ökonomische Grundlage ja nichts anderes sein kann, als ein hochentwickeltes und engverflochtenes genossenschaftliches Wirtschaftssystem.

Wieder ein Beispiel für die Vorteile des genossenschaftlichen Zusammenschlusses bietet eine in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ gegebene Berechnung von W. Maurer über die Vorteile des maschinellen Betriebs in der Bäckerei. Es ergibt sich dort bei Herstellung des Teiges eine Kostenersparnis von 41 Prozent gegenüber dem Handbetrieb. Bei ununterbrochenem Betrieb kommt dazu noch eine Ersparnis im Kohlenverbrauch. Alle diese Vorteile kommen in der genossenschaftlichen Bäckerei den Arbeitern und den Konsumenten in Form erhöhter Löhne und verminderter Preise zugute, wozu sich noch musterhafte Reinlichkeit und menschenwürdige Arbeitsbedingungen fügen: Gründe genug um die Schaffung solch gemeinsamer Fortbildung der heute im Kleingewerbe verrotteten Bäckereiverhältnisse nach Kräften zu fördern. Eine Genossenschaftsbrotfabrik ist übrigens auch von der Danziger Bäckereigenossenschaft errichtet worden; jedenfalls ein würdigeres Mittel der Selbsterhaltung, als das ewige Geißeln und Heyen gegen die Kaufbäckereien. Im Falle des Erfolges dürfte hier eine Neubildung im Gewerbe sich rasch vollziehen: einer der wenigen Fälle der Anpassung von Handwerksmeistern an die Entwicklung zum Großbetrieb. Das alte Handwerk würde freilich auch damit nicht erhalten, sondern von Grund aus umgebildet. Wie es in diesem heute noch vielfach ausbleibt, beweist der Erlaß einer Polizeiverordnung in Elberfeld, die das Kneten des Schwarzbrotteigs mit den Händen, das dort noch in 86 Bäckereien geübt wird, verbietet.

Wirtschaftlich und sozial von großer Bedeutung ist die Ausbildung der direkten Geschäftsverbindung zwischen landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften und Konsumvereinen. Nach einer vom Sekretariat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine veranstalteten Erhebung verbanden von 678 Konsumvereinen 208 (44 Prozent) direkt landwirtschaftliche Erzeugnisse im Betrag von rund 7700 000 Mk., davon für 5 200 000 Mk. von 467 landwirtschaftlichen Genossenschaften (etwa 15 Prozent der 3219 Verwertungsgenossenschaften). Der größte Teil entfiel auf Molkereiprodukte (für 4 1/2 Millionen Mark Butter, für 121 000 Mk. Milch). Dazu kommt der Bezug der G.E.G. in Höhe von 2 374 000 Mk., wovon für 2 255 000 Mk. Butter, so daß für über 10 Millionen Mark, rund 9 Prozent des Gesamtbezugs der Konsumvereine, unter Umgehung des Zwischenhandels bei den Landwirten und ihren Genossenschaften erfolgt. Jetzt hat die Zentralverkaufsgesellschaft deutscher Winzervereine in Etwille der G.E.G., die eine neue Abteilung für Wein und Spirituosen errichtet, den Verkauf der von ihr vertriebenen Erzeugnisse der deutschen Winzergenossenschaften übertragen. Die Geschäftsverbindung, die sich hier in erfreulicher Weise entwickelt, wird nicht nur von unmittelbarem wirtschaftlichem Nutzen für die Beteiligten sein, sie wird auch den von agrarischer Seite unterstützten Gegensatz zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung verringern und der künftigen Interessengemeinschaft zwischen

Arbeiterschaft und Kleinbäuerntum — im Gegensatz zum Zwischenhandel, Leihkapital und Großgrundbesitz — wirksam vorarbeiten.

Eine Produktgenossenschaft von Holzschuhmachern ist in Ronneburg-Friedrichshauve begründet worden. Die Herabdrückung der Löhne — von 30 bis auf 20 bis 22 Pf. für das Nageln eines Paares Holzschuhe, von 6 bis 10 auf 4 bis 4 1/2 Pf. für Pantoffeln — und die unwürdige Behandlung gaben, da eine Lohnbewegung aussichtslos erschien, den Anlaß zur Gründung des Unternehmens, das sich nun an die Konsumvereine um Abnahme seiner Fabrikate wendet. Die Mitglieder sind Gewerkschafter, etwaige Überschüsse sollen gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Zwecken dienen.

Der größte Konsumverein der Welt ist in Leeds, der Hauptstadt der englischen Wollindustrie (Nordengland), zu Ende Juni 49 456 Mitglieder und erzielte im ersten Halbjahr 1904 einen Umsatz von rund 15 800 000 Mk. Die Mitgliederzahl entspricht etwa der sämtlicher Konsumvereine Groß-Leipzigs, der Umsatz aber ist nahezu doppelt so hoch als der ihrige. Von dem Überschuf wurden über 15 000 Mk. dem Fonds für genossenschaftliche Bildungszwecke zugewiesen, für die in dem halben Jahre fast 23 000 Mk. ausgegeben worden sind. Die Rückvergütung an die Mitglieder betrug rund 2 Millionen Mark. Der Verein hat an Anteilen der Mitglieder ein Kapital von rund 15 1/2 Millionen Mark, eigene Fonds von rund 1 Million und Grundbesitz im Werte von fast 8 Millionen. An Löhnen wurden in sechs Monaten über 800 000 Mk. verausgabt. Der Verein besteht seit 1847 und umfaßt etwa die Hälfte der nicht ganz eine halbe Million zählenden Bevölkerung.

Simon Kayenstein.

## Notizenteil.

### Soziale Gesetzgebung.

Die Erhebungen über die Arbeitsbedingungen in den nichtfabrikmäßigen Wäschereien, Bleichereien und Plättereien, welche der Beirat für Arbeiterstatistik vornehmen soll, und die vor allem auf die gesetzliche Beschränkung und Regelung der Arbeitszeit abzielen, werden endlich in der zweiten Oktoberwoche erfolgen. Die Erhebung findet zunächst durch Fragebogen statt, die unlängst verschickt worden sind. Für jeden Tag der Woche vom 9. bis 14. Oktober ist für die verschiedenen Kategorien von Arbeitskräften An- und Ende der Arbeitszeit in den Fragebogen einzutragen. Daneben muß angegeben werden, wie oft und wie lange an den einzelnen Sonntagen des letzten Jahres auf Grund von § 105 e der Gewerbeordnung oder auf Grund von § 105 e, Absatz I, § 105 f erfolgten Erlaubnis gearbeitet worden ist. Wenn in den befragten Betrieben die Verhältnisse in der Erhebungswoche wesentlich anders sind als in den übrigen Zeiten des Jahres, so ist auf dem Fragebogen ein entsprechender Vermerk zu machen. In der dritten Oktoberwoche erfolgt die Einsammlung der Fragebogen, die an das Statistische Amt in Berlin gesandt und von ihm geprüft und bearbeitet werden. Genosin Baader hatte beiläufig in einer Eingabe an den Beirat für Arbeiterstatistik die Mitwirkung unabhängiger, sachverständiger Frauen bei der Erhebung befürwortet. In der Antwort darauf hieß es, es unterliege keinen Bedenken, sei dagegen erwünscht, wenn sachverständige Frauen bei Beantwortung der Fragebogen den Arbeiterinnen behilflich seien. Wir erinnern an das, was die „Gleichheit“ bereits in dieser Angelegenheit veröffentlicht hat; in gedrängter Kürze enthält es auch den Bericht der Vertrauensperson der deutschen Genossinnen, welcher Nr. 17 beilag. Hier sei nur nochmals mit allem Nachdruck auf die Aufgabe hingewiesen, welche die Genossinnen in Verbindung mit den betreffenden Organisationen bei der Erhebung zu erfüllen haben. Sie müssen das Ihrige dazu tun, damit die schenliche Auswucherung der weiblichen Arbeitskraft im Wäschereigewerbe offiziell festgestellt und endlich durch gesetzliche Vorschriften wenigstens etwas gemildert wird.

### Frauenbewegung.

Ein Verband landwirtschaftlicher Frauenvereine für Ostpreußen ist gegründet worden. Ihm gehören 16 Vereine an. Der Arbeitsplan des Verbandes sieht unter anderem folgende Aufgaben vor: wirtschaftliche Ausbildung der Hausfrauen, Errichtung einer wirtschaftlichen Frauenschule, sowie wirtschaftlicher Fortbildungsschulen für Mädchen, Anstellung einer Wandergärtnerin, besonders im Interesse der kleinen und kleinsten Gartenbesitzer, Hebung der Geflügelzucht usw. Eine Volkshochschule für Mädchen soll nach dem Muster der dänischen Volkshochschule in Tingleff in Nord-schleswig errichtet werden. Eine weibliche Lehrkraft ist für die Leitung vorgesehen. Wie es heißt, soll die Anstalt im „deutsch-nationalen Sinne“ wirken. Bedeutet das etwa, daß eine geistige Dressur die dänische weibliche Bevölkerung der Gegend zum alleinseligmachenden Deutschtum belehren soll? Weibliche Schnürärzte hat die Stadt Prag an den tschechischen höheren Mädchenschulen, den Vorbereitungs-schulen und Gewerbetfortbildungsschulen für Mädchen angestellt.

### Frauenstimmrecht.

Für das politische Frauenstimmrecht hat sich kürzlich die Konferenz der russischen Städtevertreter ausgesprochen, die in Moskau tagte. Gegen nur 22 Stimmen nahm sie unter donnerndem Beifall die Formel an, „ohne Unterschied der Geschlechter“. Weniger fortschrittlich war

ihre Haltung in betreff der Volksvertretung selbst, denn sie erklärte sich für das Zweikammersystem. Die Konferenz beschloß: „Die Volksvertretung soll aus zwei Kammern, aus einer oberen und einer unteren bestehen. Die Wähler und Gewählten der Ersten Kammer sollen alle russische Untertanen ohne Ausnahme der Nationalität, des Geschlechtes und des Glaubens sein.“

Für das kommunale Wahlrecht des weiblichen Geschlechtes im Staate Massachusetts entfalten die Frauen unter Führung von Mrs. Julia Ward Howe eine sehr lebhafteste Agitation, welche die entsprechende Petition unterstützen soll, die im Parlament eingereicht ward.

### Verschiedenes.

Noch ein Wort zu den hohen Fleischpreisen. Die sächsischen Fleischer-Innungmeister haben kürzlich auf ihrem Verbandstag in Dresden ihrem Herzen Luft gemacht und sich bitter über den Bund der Landwirte beklagt, welcher schuld sei, daß die Grenzen für ausländisches Vieh gesperrt sind. Diese Herren wünschen von Herzen, daß die breiten Massen der Bevölkerung darüber aufgeklärt würden, welchen Zweck die Grenzsperrung eigentlich habe, nämlich den, den Junkern die Taschen zu füllen. Die Grenzsperrung, so erklärten sie ganz richtig, habe die Preise für Vieh ganz enorm in die Höhe getrieben, und leeres Gefasel sei, daß sie Viehsuchen fernhalte. Infolge der mangelnden Zufuhr vom Ausland her werde jetzt dermaßen schlechtes Vieh auf den Markt gebracht, daß jedem anständigen Fleischer widerstrebe, es zu kaufen. Solange aber das geringwertige Vieh unverkauft auf dem Markte zurückbleibe, behaupte der Bund der Landwirte stramm, es existiere durchaus keine Fleischnot, es bleibe ja noch vieles Vieh unverkauft auf dem Markte! Also sprachen die Innungsbrüder. Die Herren werden aber zusehen, daß sie sich möglichst schadlos halten, daß die Konsumenten, die Verbraucher, den Löwenanteil der Benachteiligung tragen müssen. Die Arbeiterfrauen wissen heute schon nicht mehr, wie sie für die Ihren ein Stückchen Fleisch beschaffen sollen. Die Preise dafür sind dermaßen hoch, daß die proletarischen Familien mit 800 Mark Jahresseinkommen höchstens noch minderwertiges Fleisch kaufen können. Nun gibt es in Deutschland aber noch viele zehntausend Familien, die nur 600 bis herunter auf 400 Mark jährliches Einkommen haben. Wie diese Ärmsten ihr Dasein fristen, mit welcher erbärmlicher Ernährung sie vorlieb nehmen müssen, kann sich ein jeder selbst ausmalen.

Mit der allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung ist feinerzeit in Sachsen die Erhöhung der Prinzen-Anlagen begründet worden. Leider fehlt es jedoch bei den Besitzenden und Herrschenden an der nötigen Einsicht, daß nicht bloß Prinzen, sondern auch die Arbeiter nicht instande sind, bei ungeheurer hohen Preisen der Lebensbedürfnisse und ungenügenden Löhnen existieren und ihre Arbeitskraft erhalten zu können. Soll die breite Masse des Volkes nicht noch weiter der Degeneration verfallen, so darf der Staat nicht länger die notwendigen Lebensmittel zu Nutz und Frommen der Junker und Junkergenossen wahnwitzig verteuern. In Berlin ist ein ganz ungewöhnlich hoher Pferdefleischverbrauch konstatiert worden, so daß auch die Preise für das minderwertige Fleisch abgeschundener Gänse bedeutend gestiegen sind. Diese traurige Erscheinung, welche von der Not der Arbeiterklasse erzählt, wird allgemein werden. Aus allen Gegenden Deutschlands erschallen Klagerufe. In Bayern zum Beispiel wird schon viel Hundfleisch gegessen.

Und die Arbeitsgelegenheit verschlechtert sich. Die Großindustriellen Sachsens haben schon längst erklärt, daß sie infolge der hohen Zölle nicht mehr in der Lage sind, mit dem Ausland konkurrieren zu können. Sie verlegen ihre Fabriken ins Ausland, wo sie ihren Absatz haben. Viele Tausende sächsischer Arbeiter gehen ihrer Arbeitsgelegenheit verlustig, und die Zahl der Arbeitslosen ist schon heute gerade groß genug. Die Proletarier müssen die Zeche zahlen, welche auch die Großindustriellen mit gemacht haben, denn bei der Durchpeitschung des Wuchertarifs haben sie kräftig mitgewirkt. So wird die werftätige Masse mit doppelten Nuten gestrichen: mit schlechterem Verdienst, ja mit Arbeitslosigkeit und mit Hungerpreisen. Für alle Proletarier und Proletarierinnen ist das eine ernste Mahnung mehr, sich zur Verteidigung ihrer Interessen zusammenzuschließen.

Die wachsende Sorge und Not in der Familie muß insbesondere die Frauen, welche bis jetzt noch gleichgültig dem öffentlichen Leben gegenüberstanden, lehren, daß sie mit in die Reihen der Kämpfenden gehören. Jede Mutter muß ihren Kindern die Ursache der Zustände erklären, unter denen die armen und kleinen Leute seufzen. Das ist die kurzfristige, selbstschädigende Wirtschaftspolitik unserer oberen Zehntausend, die nie genug kriegen können. Der hungernde Magen unserer Kinder redet eine verständliche Sprache. Sie mahnt zum Denken. Auch der proletarische Nachwuchs wird über das Wesen des Klassenstaates klar werden, er wird begreifen, daß ihm in der Schule eine falsche Geschichte gelehrt, eine mangelhafte und gefälschte Aufklärung zuteil wurde, um geduldige Ausbeutungssubjekte, Steuerzahler und Hurrapatrioten heranzudrillen. Diese Saat der Erkenntnis wird reiche Früchte tragen und uns-herlich belohnen in Gestalt eines geschulten, ziellaren Stammes der jungen Generation!

Nur wenn alle um eine Fahne geschart stehen, und jeder einzelne seine ganze Kraft, sein Alles in den Kampf gegen die Sozialistmas mutvoll einsetzt, werden wir hoffen dürfen auf die Überwindung der arbeiterfeindlichen Parteien und Mächte, welche durch Wucherzölle und Grenzsperrung die Massen dem Elend überliefern, werden wir mehr noch hoffen dürfen: menschenwürdige Zustände für alles, was Menschenantlitz trägt. Berta Pollender-Leipzig.

\* Der üblichen Abkürzung gemäß bezeichnen wir künftig mit „G.E.G.“ Großeinkaufsgesellschaft (wenn ohne näheren Zusatz, ist die deutsche in Hamburg gemeint). L.B. gleich Konsumverein.

### Freiheit.

Von John Henry Mackay.

Es fragte mich heute dein bebender Mund, wer frei denn sei.  
 Ich hob meine Hand zum Himmel und sagte: Die Wolken  
 sind frei,  
 Und frei ist der Wind, der die Weiten der Welt im Fluge  
 durchwühlt,  
 Und frei ist das Meer, das den schimmernden Strand mit  
 Küssen bespült.

Frei sind jene Bergeshäupter, die nie ein Fußtritt bog,  
 Und frei sind die ruhenden Wälder, die nie ein Ruf durch-  
 slog. —  
 Dort baut der Fuchs sein Nest, der Hirsch wirft sein  
 Geweih:  
 Natur, ihr glühendes Leben, ihr schweigender Tod, sie  
 sind frei.

Sprich, sahst du den Adler kreisen? Was lenkt seinen ziel-  
 losen Flug?  
 Und sahst du ein Ross in der Wüste, das nie den Halfter  
 trug?  
 Bernahmst du mein Lied, mein stürmisches Lied, meinen ersten  
 und letzten Schrei? —  
 Das Meer und der Kar und der Wald, das Ross und mein  
 Lied, sie sind frei!

Dort spielt mein Kind am Ufer . . . die Barke durchschneidet  
 den See . . .  
 Es küßt die Nase der Tau — was lächelst du trübe  
 und weh?  
 Ach, jetzt erst versteh' ich die Frage, die Frage, wer frei  
 denn sei? —  
 Wir Loren, wir Knechte der Torheit, nur wir sind nicht  
 frei! . . .

### Der Holzer-Hansl.

Eine einfache Geschichte aus dem Gebirge.

Von Hermann Faber.

(Schluß.)

Die Folge war, daß Hansl, nachdem Meldung gegen ihn  
 erstattet, sofort in Arrest abgeführt wurde. Nur seiner guten  
 Führung und der Tatsache, daß er sehr schwer gereizt worden  
 war, hatte er es zu verdanken, daß er mit nur zwei Jahren  
 Festung davon kam. — Der Wirgl ist freilich von Hansl  
 seit seines Lebens gezeichnet worden, denn er läuft mit  
 einer breiten Nase herum,“ erzählte damals des Weber-  
 seppels mitleidiges Weib, dabei oft durch einen Jammerruf  
 Loni unterbrochen. Der Weberseppel aber flüchte und  
 wettete kräftig über die schlechten Kerle, die im Dorfe  
 nicht genug prohen könnten mit den vom Vater bekommenen  
 Markstückeln in der Tasche, die alle selbst der Loni nach-  
 gelaufen wären und die dann ihrem „Buabn“, dem Hansl,  
 dazu verholfen hätten, daß er auf zwei Jahre nach Ingol-  
 stadt gekommen wäre. Das ganze Dorf sei über die „Lal-  
 in“ wild, und wenn der Wirgl freiläme, der freilich auch vier-  
 zehn Tage ausgebrummt bekommen habe, dann wolle  
 er selbst mit diesem „breitnasigen Lal“ noch etwas ab-  
 rechnen.

„Weißt,“ wendete er sich an die Loni, „du gehst zum  
 König nach München, dem stellst deine Sache vor, un d'r  
 Teufel soll neinschlagen, wenn dir der nicht helfen und  
 deinen Buabn hinauslassen kann.“ —

Ja, das war auch noch vor kurzem ihre Hoffnung, aber  
 diese hatte sie getuschelt. Und wieder lief ein Juden um  
 ihre Mundwinkel, als sie daran dachte, wie man sie in der  
 großen Stadt behandelt hatte; wie man ihr dort in einem  
 großen prächtigen Hause, in welches sie der Posten erst gar  
 nicht hineinlassen wollte, gesagt hatte, daß ihr Hansl seine  
 Strafe erst abmachen müßte. Sie solle sich keine Mühe  
 geben, er läme doch nicht eher frei. —

Nun war sie verzweifelt und niedergeschlagen zurück-  
 gewandert; längst war sie an Murnau vorbei, und die Ruhe  
 tat ihren wunden, müden Füßen sehr wohl, so daß sie vor  
 Nachdenken gar nicht beachtete, wie die Augustsonne immer  
 tiefer sank. Aber sie wollte ja noch bis Abend wieder im  
 Dorfe sein, und da mußte sie eilen. Behutsam hüllte sie  
 ihren kleinen Hansl ein und legte ihn neben sich auf  
 den Rasen, nahm ein Stückchen Brot aus dem Bündel  
 auf ihrem Rücken und versuchte dann, das Knäbchen in  
 ihren Armen, ihren Weg fortzusetzen. Doch unfählich schwer  
 und schmerzhaft war ihr jeder Schritt; die Füße wollten im  
 Anfang fast gar nicht. Sie zwang sich dennoch, weiter zu  
 gehen, und besonders dann, wenn sie hinter sich ein heran-  
 kommendes Fuhrwerk hörte oder wenn Fußgänger sie ein-  
 holten. Man sollte nicht sagen, daß die Loni auf der Land-  
 straße liege und nicht fortkäme, wie eine wegwundene Land-  
 streicherin. Nein, das sollte schon ihrem kleinen Hansl zu-  
 lieb nicht geschehen! Wohl fuhr mancher Bauer dieselbe  
 Strafe mit leerem Wagen an ihr vorüber, aber sie sprach  
 keinen wegen der Mitfahrt an.

Schatten lag jetzt auf dem Wege, die Sonne war schon hinter  
 den ragenden Bergen verschwunden, als die dämmerige Abend-  
 stille durch das Ave Maria-Läuten unterbrochen wurde. Müde  
 lehnte sich Loni an einen Baum, um, dem altgewohnten Brauche  
 folgend, ihr Ave Maria zu beten. Sonderbare Gedanken  
 waren es, die ihr dabei durch den Sinn fuhren; aber bald  
 achte sie sich wieder auf, denn gut zwei Stunden brauchte

sogar ein rüstiger Fußgänger noch bis zu ihrem Heimatdorf,  
 und sie mit ihren müden, wunden Füßen würde dazu fast  
 die doppelte Zeit notwendig haben. Der Gedanke an ihr  
 Büßchen gab ihr immer wieder neuen Mut, wenn der Weg  
 unter ihr zu brennen schien. Vorwärts, nur vorwärts, sie  
 durfte nicht zögern, sonst würde sie überhaupt heute nicht  
 mehr nach dem Dorfe kommen. —

Wagengerassel und Stimmenlaute kamen hinter ihr näher,  
 und plötzlich hörte sie sich laut begrüßt.

„Grüß Gott! Die Loni vom Holzer-Hansl!“ ertönte es,  
 und bald hatten vier Männer, die einem Fuhrwerk mit ge-  
 waltigen Baumstämmen voraus gingen, sie erreicht. „Grüß  
 Gott!“ erwiderte sie.

„Jall,“ rief einer der Männer nach dem Führer des Wagens  
 zurück, „halt an, wir wollen die Loni aufsitzen lassen; das  
 arme Mensch kann kaum noch fort.“

Der Führer hielt darauf auch sofort sein Gefährt an und  
 sprang herunter. Von Zoppen und Pferdebedecken wurde dann  
 ein weicher Sitz zurechtgemacht und Loni, von vier kräftigen  
 Häuften gehoben, dort untergebracht. Das ganze Dorf wußte  
 es schon, daß die Loni vor acht Tagen nach München ge-  
 wandert war, und auch die fünf Holznechte hatten davon  
 schon erfahren.

„Na, erreicht hast du nichts?“ frug der eine derselben teil-  
 nehmend.

Trübe schüttelte Loni den Kopf. Schimpfend und wetternd  
 meinten dazu die Holznechte, daß sie ihr das auch vorher  
 hätten sagen können.

„Aber du brauchst nicht zu verzagen,“ meinten sie tröstend,  
 „wir werden schon dafür sorgen, daß dem Hansl seiner Dorn  
 und seinem Buben nichts abgeht, bis er herauskommt.“

„Jetzt bleibst du erst recht im Dorfe, und wenn dir einer  
 von den Lakeln nur ein schiefes Gesicht macht, dann darfst  
 du nur winken, und“ — setzte ein anderer mit entsprechender  
 Gebärde hinzu — „der tut's nicht wieder.“

Der Weberseppel wird dich dabehalten, das ist schon unter  
 den Holzleuten ausgemacht,“ wurde ihr weiter versichert,  
 „dem weißt, wir haben jetzt einen anderen Wind im Dorfe,  
 und der weht nicht mehr aus dem Bescheidenheitslöchlein. —  
 Jetzt ist's zu End' mit dem Duden, und Pfaff, Großbauern  
 und Herren sollen jetzt allein ihre Politik treiben.“ —

In stillem Schweigen schritten die Männer nun zu beiden  
 Seiten des Wagens, gleichsam als Schutzwache, nebenher,  
 und auch Loni, die ihre Füße ruhen lassen konnte, fühlte sich  
 fast behaglich und gesichert unter den beruhigenden Worten  
 der Männer.

Spät abends langten sie im Dorfe an, wo einer der  
 Männer der Loni ihr Bündel abnahm und sie bis zum  
 Häuschen des Weberseppels brachte. Dort war freilich alles  
 schon zur Ruhe, denn der Seppel war mit mehreren Herren  
 zu einer Jagdpartei ins Gebirge, von welcher er erst  
 anderen Tages zurückkehren konnte. Bald war jedoch Loni  
 untergebracht, und Rest, des Weberseppels braves Weib,  
 sorgte auch noch für einen Imbiß. — — —

Zwei lange Jahre waren vergangen. Loni wohnte die  
 ganze Zeit beim Weberseppel und half dessen Frau beim  
 Ausbessern und Anfertigen von Wäsche aus der vom Weber-  
 seppel selbst gefertigten Leinwand.

Eines Tages geschah etwas ganz Ungewöhnliches! Der  
 Postbote, der sich selten in das Seitengäßchen bis zu des  
 Weberseppels Haus verirrte, brachte einen großen Brief  
 an die Loni mit dem Poststempel Ingolstadt. Das war nun  
 ein Kusschen in der ganzen Familie, und der kleine paus-  
 bäckige Holzer-Hansl, der sich draußen auf der Straße mit  
 des Weberseppels Buben umhertummelte, kam eilig gelaufen,  
 als er den bunten Mann ins Haus treten sah, um neugierig  
 zu sehen, was der denn eigentlich wolle. Er sah, daß die  
 Mutter ein weißes Papier mit lauter krausen, schwarzen  
 Dingen drauf in der Hand hatte, und daß sie dabei lachend  
 weinte.

„Komm her, Hansl, der Vater kommt!“ rief sie, und da-  
 bei herzte und küßte sie den Buben, der das freilich von seiner  
 Mutter gewöhnt war. Auch Ruhme Rest und der Weber-  
 seppel freuten sich, der letztere derartig, daß ihm vor Freude  
 ein „Himmelberggottsalbament“ nach dem anderen entfuhr  
 und er dabei wahre Wolken aus seiner Pfeife paffte.

Vergessen hatte Loni die ihr in den letzten zwei Jahren  
 von den wispelnden und tuschelnden Klatschbasen des Dorfes  
 zuteil gewordene Mißachtung; denn obwohl die Holzleut  
 jeden, der des Holzer-Hansls Loni „schiech“ ansehen oder  
 lästern wollte, „mit einem plattgedrückten Riechert, wie'm  
 Wirgl seiner,“ bedroht hatten, so war doch durch die Pfarr-  
 löchin, die immer abends eine ganze Korona der Dorfläster-  
 zungen um sich versammelte, „über das sittenlose Mensch,  
 die Loni, hergezogen worden, die sich nicht schämte, ihre  
 Schande im Dorfe herumlaufen zu lassen.“

Vergessen war auch die Unbill und Kränkung, die ihr der  
 Herr Pfarrer in einer Sonntagspredigt von der Kanzel herab  
 angetan hatte, als er auf die sündhafte Vermehrung der un-  
 ehelichen Kinder in der Gemeinde hinwies, wobei er mit der  
 Hand auf sie hindeutete und alle den Kopf nach ihr hin-  
 drehten. Stolz und ruhig war sie aufgestanden und hatte  
 mitten in der Predigt die Kirche verlassen, mit ihr zugleich  
 aber auch fast sämtliche Holzleut mit ihren Frauen und  
 Dirndeln. Das hatte ein gewaltiges Aufsehen im Dorfe  
 gemacht, und sie ward insfolgedessen noch mehr als böshafte  
 Sündlerin verschrien. Seit dem Vorgang hatte sie freilich  
 keine Kirche mehr besucht.

Aller Schmerz und Hohn war vergessen, als der Brief ein-  
 getroffen, und immer wieder herzte und küßte Loni ihren  
 Buben unter Freudentränen.

„In drei Tagen kommt mei Vater,“ so sang und prahlte  
 klein Hansl auf der Straße. Dadurch erfuhr es auch bald  
 das ganze Dorf und zuerst mit aller Genauigkeit sämtliche

Bet- und Klatschschwestern, die nun noch am selben Abend  
 bei der Pfarrlöchin über das Ereignis ratschlagten.

Aber auch die Holzleut in den Bergen hatten durch den  
 ältesten Buben des Weberseppel davon erfahren, der wie ein  
 Fegesfeuer bis in die entlegensten Holzschläge herumtragele,  
 daß es auch gerade Sonntag in aller Früh sei, wenn der  
 Hansl läme. Die oben am „Wanl“ in den Holzschlägen be-  
 schäftigten Burschen beschloffen, als sie am Abend nach voll-  
 brachter schwerer Arbeit in ihrer Holzhütte zusammenfaßen,  
 den Einzug des Hansl zu einer Demonstration zu gestalten,  
 über die die männlichen und weiblichen Geschwestern die  
 Köpfe schütteln sollten. Auch die Holzleut auf den anderen  
 Bergen in der Nähe wurden davon verständigt. Aber: „Ge-  
 plauscht wird vorher nix“, war die Losung. —

Die Sonne war kaum am Sonntag früh heraus, als ein  
 rüstiger Wanderer mit kräftigen, elastischen Schritten auf der  
 Fahrstraße nach dem Dorfe zu wanderte. Plötzlich ertönte  
 hoch oben am Berge, von dem man die Straße weit hinab-  
 sehen konnte, ein kräftiger Fuchschrei, dem sogleich ein fröh-  
 licher Jodeler folgte, in die stille Morgenluft hinaus, der das  
 Echo in den gegenüberliegenden Wänden hundertfach weckte.  
 Auf sah der Wanderer, und sein ernster Blick suchte den,  
 der dort oben so früh jodelte und ihn mit diesen so lange  
 entehrten Tönen willkommen hieß. Und wieder tönte eine  
 frische Bubenstimme herunter: „Willkommen, Holzer-Hansl!  
 Zuhu! — Zuhu!“

Da merkte freilich auch der Hansl, denn er war es, daß  
 das auf ihn gemünzt war; sein ernstes Gesicht hellte sich  
 auf, seine Brust weitete sich, und auch er versuchte aus voller  
 Kehle einen kräftigen Juchzer, der ihm nach der dreijährigen  
 starren Pause so schön gelang, daß er sich selber darüber  
 wunderte.

Jetzt war der Hansl um die letzte Biegung des Weges  
 gekommen, und das Dorf lag vor ihm in der friedlich sonn-  
 täglichen Stille des Frühmorgens; auf den breiten Wiesen  
 ballte sich noch der Nebel vor den Sonnenstrahlen zusammen.  
 Doch was war denn das? — „Ist denn heut das Fest  
 irgend eines Kirchenheiligen, das du vergessen hast?“ so fragte  
 sich Hansl, als er am Eingang des Dorfes zwei mächtige  
 Fichtenstämme aufgefplant sah, die bis unterhalb der Wipfel  
 von ihren Zweigen befreit und mit roten Bändern geschmückt  
 waren. Oben, unter den Kronen, verband die beiden Stämme  
 ein Lannenzweiggewinde, das gerade über die Mitte der  
 Straße in einen großen Lannenzweig auslief, in welchem auf  
 rotem Papier die Worte standen: „Willkommen unserem  
 Holzer-Hansl!“ —

Hansl stand verblüfft! War denn das ein närrischer Spul,  
 oder was äßte ihn, den Festungssträfling? — Er stand,  
 ohne sich vom Flecke zu rühren, als hinter den nächsten  
 Büschen an der linken Seite der Straße ein vielstimmiges  
 „Zuhu!“ und „Willkommen, Hansl, in der Heimat!“ ertönte,  
 und gleich darauf zwei Böllerschüsse, begleitet von einem  
 guten Duzend Gewehrschüssen, abgefeuert wurden. Darauf  
 teilten sich die Büsche, und von allen Seiten eilten die Holz-  
 leut, Hansls ehemalige Kameraden, herbei, dem noch immer  
 überrascht Stehenden kräftig die Hände drückend.

Nun glaubte auch Hansl, daß alles mit rechten Dingen  
 zugehe, und Tränen der Rührung überkamen ihn, als er be-  
 griff, daß seine Kameraden ihm, dem Festungssträfling, diese  
 Ehren erwiesen hatten. Stumm ging er neben ihnen her,  
 als sie ihn durch die Ehrenpforte zu den ersten Häusern des  
 Dorfes geleiteten. —

Aber auch im Dorfe fuhr man eilig durch den Spektakel  
 der Schüsse und Juchzer aus dem Schlafe. Am eifertigsten  
 waren natürlich die Gendarmen und die Herren vom Forst-  
 amt, die da sehen wollten, wer denn eigentlich so viel Spektakel  
 mache und die Leute aus ihrer Morgenruhe störe. Aber  
 da gab es nichts weiter zu sehen, als daß die Holzleut  
 jemand in der Mitte hatten, dem sie das Ehrengelicht bis zu  
 des Weberseppels Haus gaben. Die Büschen waren nach  
 dem Abschießen schnell von einigen beiseite geschafft worden,  
 und auch die Böller standen schon wieder still und friedlich  
 in der Scheuer des Reiserwirts, zu der die Burschen leicht  
 durch den Garten gelangen konnten. Die Herren Gendarmen  
 konnten also auch nichts weiter tun als „zuschau'n“. —

Des Weberseppels Rest hatte jedoch beim ersten Fuchschrei  
 den Kaffee und einen ordentlichen Imbiß bereitgestellt. Noch  
 wußte Hansl nicht, wohin sie ihn führten; als er aber des  
 Weberseppels Haus sah, das von oben bis unten mit grünen  
 Lannenzweigen geschmückt war, und dazu in der Tür seine  
 Loni unter Tränen lächelnd mit einem rotbäckigen frischen  
 Büßchen auf dem Arme, da lief er voraus, und „Loni“ und  
 „Hansl“ war das einzige, was er mit jubelnder Stimme  
 hervorbrachte. —

Lassen wir die drei Glücklichen ihr Wiedersehen aus-  
 sichten. —

Jahre sind seitdem vergangen. Wenn der Wanderer heute  
 in das schöne, lieblich-traute Gebirgstal kommt, dann fällt  
 ihm auf, daß sich dort die Menschen viel freier und selbst-  
 bewußter bewegen, und daß besonders die Holzleut zu den-  
 jenigen gehören, die alleweil einen steifen Rücken haben gegen  
 weltliche und geistliche Macht.

Holzer-Hansl ist aber damals mit seiner Loni „zivilliter“  
 getraut worden, und wenn sie „beten“ wollten, spazierten sie  
 mit ihrem Buben an der Hand am Berg herum. Hansl  
 Holzer ist ein strammer „Sozi“ und mit ihm viele Holz-  
 leut, während der Wirgl immer noch „mit an breiten Riechert  
 herumläuft“.

Wenn du, Leser, aber hinauskommst in die Nähe von  
 Partenkirchen, so vergiß nicht, für die Holzleut Schriften  
 mitzubringen. Gelesen werden sie!

Verantwortlich für die Redaktion: Fr. Maria Jettin (Bundel), Wilsch-straße  
 108, Stuttgart.  
 Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.